

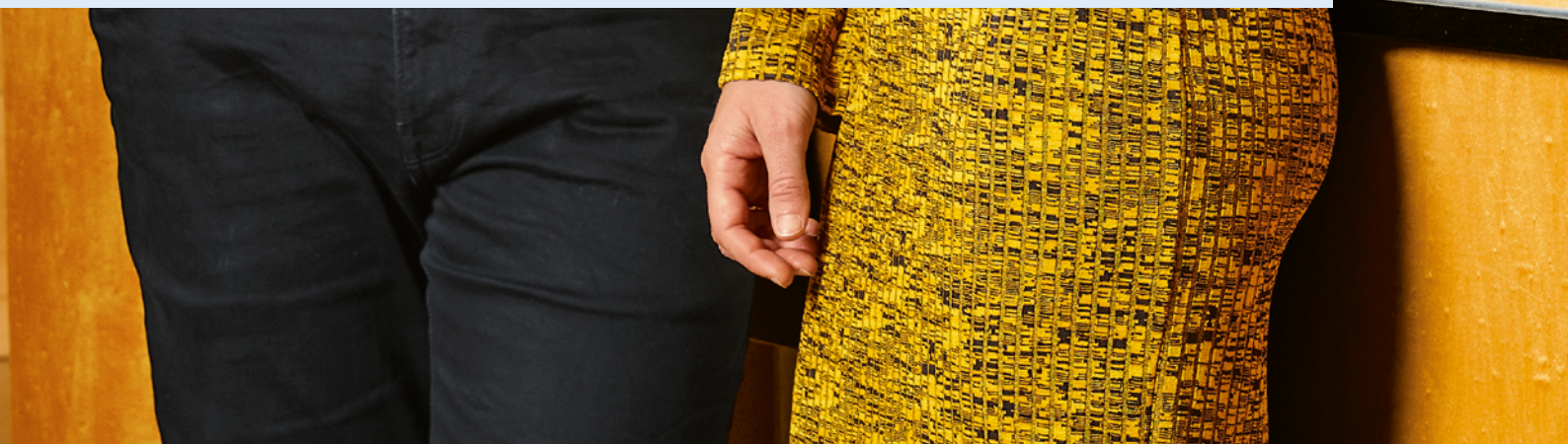


VER | SICHER | UNGS
KAMMER
BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

BAYERISCHE BEAMTENKRANKENKASSE AG

Geschäftsbericht 2022



Die Gesichter hinter der Bayerische Beamtenkrankenkasse AG



Das Vorstandsteam

von links nach rechts

Katharina Jessel

Isabella Martorell Naßl

Vorsitzende des Vorstands

Martin Fleischer

Bei Klick auf den Namen gelangen Sie zu den ausführlichen Lebensläufen der Vorstandsmitglieder.



Auf dem Titelbild begrüßen Sie...

Jakob Fischer Als Vertriebsbeauftragter im Bereich Bürgschaftsversicherung betreut Jakob Fischer, seit 2020 im Unternehmen, die Vertriebspartner der Bürgschaftsversicherung in weiten Teilen von Deutschland. Das Ziel: gemeinsam noch erfolgreicher werden.

Martina Kössler, Syndikusrechtsanwältin in der Rechtsabteilung der Bayerische Beamtenkrankenkasse AG und der Union Krankenversicherung AG, ist seit 2020 im Unternehmen. Von der Digitalisierung im Gesundheitswesen bis zum Medizinrecht widmet sich die interne Beraterin den spannenden Rechtsfragen rund um die private Krankenversicherung.



4 Porträt

- › Geschäfts- und Kennzahlen im Überblick **4**
- › Brief des Vorstands **5**
- › Der Konzern Versicherungskammer **7**
- › Verantwortungsvoll und stabil **8**
- › Gremien **10**

11 Lagebericht

- › Detailinhalt **11**

38 Jahresabschluss

- › Detailinhalt **38**

43 Anhang

- › Detailinhalt **43**

61 Ergänzende Angaben

- › Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers **61**
- › Bericht des Aufsichtsrats **67**
- › Impressum **69**

Hinweis bezüglich der Schreibweise

Im Folgenden wird, aus Gründen der flüssigeren Lesbarkeit, der Plural von Personengruppen (m/w/d) im Einklang mit der Dudenschreibweise gebildet, selbstverständlich sind jeweils Personen jeden Geschlechts inkludiert.

Geschäfts- und Kennzahlen im Überblick

Geschäftszahlen

Bayerische Beamtenkrankenkasse AG		2022	2021	2020	2019	2018
Anzahl der versicherten Personen	Tsd.	1.945,0	1.937,6	1.940,3	1.939,3	1.916,0
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	2.027,9	1.959,2	1.855,8	1.730,8	1.691,5
Aufwendungen für Versicherungsfälle (brutto)	Mio. €	-1.539,0	-1.442,3	-1.437,0	-1.409,1	-1.330,4
Kapitalanlagen	Mio. €	12.647,6	12.177,4	11.655,3	11.202,4	10.853,6
Nettoergebnis aus Kapitalanlagen	Mio. €	215,4	292,3	229,7	283,4	295,3
Versicherungstechnische Rückstellungen	Mio. €	12.385,5	11.933,1	11.416,2	11.015,4	10.630,0
Zuführung zur erfolgsabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Mio. €	-170,6	-233,2	-119,3	-95,9	-75,8
Eigenkapital	Mio. €	232,0	225,2	222,0	225,8	222,2
Jahresüberschuss	Mio. €	14,3	22,5	21,3	27,1	24,5

Kennzahlen

Bayerische Beamtenkrankenkasse AG		2022	2021	2020	2019	2018
Eigenkapitalquote	%	10,4	10,5	10,9	11,6	11,7
RFB-Quote	%	31,9	28,2	24,2	26,4	27,4
Überschussverwendungsquote nach Art der Lebensversicherung	%	92,3	92,1	84,9	79,1	78,4
Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote	%	12,0	13,7	12,7	8,2	10,3
Schadenquote	%	80,1	78,4	79,4	83,9	81,7
Verwaltungskostenquote	%	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0
Abschlusskostenquote	%	6,0	5,9	5,9	5,8	6,0
Nettoverzinsung	%	1,7	2,5	2,0	2,6	2,8
Laufende Durchschnittsverzinsung (nach Verbandsformel)	%	2,0	2,1	2,2	2,6	2,8

Brief des Vorstands

Robust und resilient in die Zukunft

*Sehr geehrte
Damen und Herren,*

die aktuelle Krisensituation mag brisant sein, und ihre Auswirkungen auf das wirtschaftliche Leben sind unbestritten. Für ihre Bewältigung braucht es eine ruhige Hand, Erfahrung, Weitblick und Optimismus. Der Konzern Versicherungskammer vereint diese Eigenschaften seit jeher. Krise als Chance: Das nahmen wir auch im Jahr 2022 beim Wort, und zwar in mehrfacher Hinsicht.

Die digitale Transformation nimmt weiter an Fahrt auf: intern durch neue hybride Arbeitsmodelle wie Smart Working, nach außen im Kontakt mit den Kunden. Wir sind klar auf ihre Bedürfnisse fokussiert und konnten die Kundenorientierung erneut steigern.



An unseren Standorten herrscht Aufbruchstimmung: Wir sind mitten im Umbau und modernisieren Gebäude und Infrastruktur gemäß den Anforderungen an eine flexibilisierte Arbeitswelt. Exemplarisch dafür steht der neue Campus Giesing in München mit einem modernen und energieeffizienten Neubau, der gerade entsteht.

Zuversichtlich stimmt uns auch der Blick auf die gesamtwirtschaftliche Lage. Im abgelaufenen Geschäftsjahr zeigte sich die Wirtschaft erstaunlich widerstandsfähig und die jüngsten Konjunkturprognosen stimmen uns vorsichtig optimistisch. Zwar ist die Inflation weiterhin überdurchschnittlich hoch – mit den bekannten Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft und jeden Einzelnen. Doch bewährt sich erneut unsere weitsichtige Anlagestrategie, sodass sich die Zinswende auf den Konzern Versicherungskammer und seine Kunden überwiegend positiv auswirken wird.

Für das uns entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich herzlich bei allen unseren Kunden sowie Geschäftspartnern. Als öffentlicher Krankenversicherer und Teil der Sparkassen-Finanzgruppe stehen bei der Bayerische Beamtenkrankenkasse AG immer die Menschen im Fokus. So ist und bleibt der Konzern Versicherungskammer robust und resilient im Dienste seiner Kunden – mit Sicherheit.



Isabella Martorell Naßl
Vorstandsvorsitzende der
Bayerische Beamtenkrankenkasse AG

Der Konzern Versicherungskammer – regional und bundesweit

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG gehört zusammen mit der Union Krankenversicherung AG und der Union Reiseversicherung AG zur Consal Beteiligungsgesellschaft AG. Gemeinsam stellen sie die Krankenversicherungsgruppe der öffentlichen Versicherer und der Sparkassen-Finanzgruppe dar. Hinsichtlich der Anzahl der versicherten Personen bilden diese Kranken- und Reiseversicherer die drittgrößte private Krankenversicherungsgruppe in Deutschland. Die Gesellschaften sind Teil des Konzerns Versicherungskammer. Dieser gehört zur Sparkassen-Finanzgruppe und ist damit gemeinsam mit den anderen öffentlich-rechtlichen Versicherern, den Sparkassen, Landesbanken, Landesbausparkassen und der Deka Teil des größten Verbunds von Finanzdienstleistern in Deutschland. Der Konzern Versicherungskammer ist nach Beitragseinnahmen der siebtgrößte Erstversicherer in Deutschland und beschäftigt rund 7.000 Mitarbeiter. Die Gruppe der öffentlichen Versicherer belegt nach Beitragseinnahmen im deutschen Versicherungsmarkt Platz 2.

Marken und Einzelunternehmen

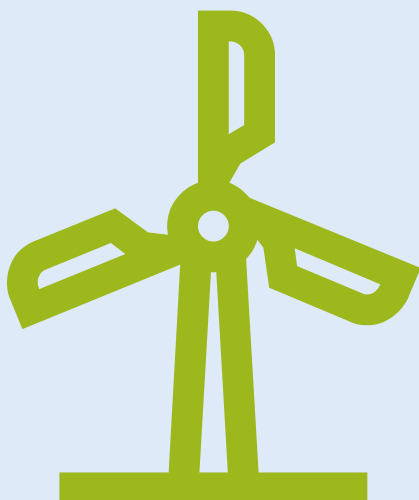
KONZERN VERSICHERUNGSKAMMER		 VERSICHERUNGSKAMMER	
KOMPOSITVERSICHERER		LEBENSVERSICHERER	
	Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts		Bayern-Versicherung Lebensversicherung AG
	Bayerische Landesbrandversicherung AG	KRANKENVERSICHERER	
	Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG		Bayerische Beamtenkrankenkasse AG
	SAARLAND Feuerversicherung AG		Union Krankenversicherung AG
	Feuersozietät Berlin Brandenburg Versicherung AG	RÜCKVERSICHERER	
	Union Reiseversicherung AG		Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG
	BavariaDirekt Versicherung AG		

Verantwortungsvoll und stabil in der Zeitenwende

Nachhaltigkeit gewinnt weiter an Bedeutung

Erneuerbare Energien sind integraler Bestandteil der Investmentstrategie

Im Jahr 2022 schloss sich die Versicherungskammer der Net Zero Asset Owner Alliance (NZAOA) an und verpflichtet sich damit, das CO₂-Reduktionsziel (Nullemission bis zum Jahr 2050) mit konkreten Zwischenzielen zu unterlegen. Sie verstärkt seit Jahren ihre Investitionen in erneuerbare Energien, vor allem in Solar- und Windkraftanlagen. Im Bereich erneuerbare Energien legt sie den Fokus vermehrt auf Eigenkapitalinvestments. Damit wird sie auch ihrem gesellschaftlichen Anspruch gerecht und trägt aktiv zur Energiewende bei. Beim ersten Nachhaltigkeitstag in München konnten sich die Mitarbeiter einen Einblick in die vielseitigen Aspekte der Nachhaltigkeit im Unternehmen verschaffen und hatten die Gelegenheit zum Austausch mit den Experten der Fachabteilungen. Bereits seit Jahren forciert die Versicherungskammer klimafreundliche und ressourcenschonende Geschäftsprozesse, Infrastrukturen und Gebäude. Bis zum Jahr 2025 ist beabsichtigt, die Klimaneutralität in den eigenen Geschäftsprozessen zu erreichen. In den vergangenen Jahren ist es bereits gelungen, den CO₂-Fußabdruck um mehrere tausend Tonnen zu reduzieren. Auch eine Reduzierung des Papierverbrauchs um ca. 25 Prozent hat im Jahr 2022 dazu beigetragen.



Fitch bestätigt Finanzstärke AA-

Die Ratingagentur Fitch bestätigt dem Konzern Versicherungskammer in dem aktuellen Rating vom Dezember 2022 die Finanzstärke AA-. Der Ausblick ist unvermindert stabil. Hervorgehoben werden das starke Unternehmensprofil und die sehr starke Kapitalausstattung. Zudem bezeichnet Fitch die Versicherungskammer als integralen Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe. In Zeiten zunehmender Unsicherheit und Komplexität unterstreicht das Rating unsere verantwortungsvolle Fokussierung auf Privatkunden, kleine und mittlere Unternehmen sowie den öffentlichen Sektor.



Versicherungsschutz für erneuerbare Energien

Die Versicherungskammer gehört zu den großen Versicherern für erneuerbare Energien im Geschäftsgebiet. So versichert sie 140.000 Photovoltaikanlagen im Rahmen ihrer Elektronikversicherung. Weiterhin wird die Versicherbarkeit neuer technischer Entwicklungen geprüft, beispielsweise die eines „TubeSolar“-Photovoltaikprojekts. Als großer Elementarversicherer leistet sie zudem einen wesentlichen Beitrag zur Klimawandelanpassung und schützt so das Eigentum der Kunden vor den wachsenden Naturgefahren.

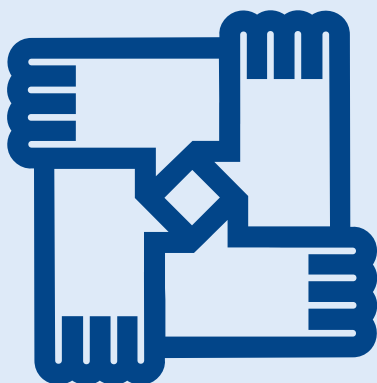
Ausgezeichneter Arbeitgeber

Die Kennzahlen aus dem Arbeitgeber-Bewertungsportal kununu zeigen, dass die Versicherungskammer sehr positiv bewertet wird. Das Zertifikat „Familienfreundliches Unternehmen“ zum audit berufundfamilie darf sie dauerhaft verwenden. Ein neues Arbeitsplatzbelegungskonzept berücksichtigt technische, ergonomische und gesundheitliche Aspekte. Das neue kulturelle Leitbild setzt unter anderem Ergebnisorientierung, Eigenverantwortung und Flexibilität als Maßstab und wird durch eine „Smart-Leaders“-Ausbildung der Führungskräfte flankiert. Ein hoher Frauenanteil, auch in der Führung, zeichnet das Unternehmen aus: Zwei der drei Vorstände der Chefetage der Kranken-, Pflege- und Reiseversicherung sind weiblich. Zahlreiche Diversity-Aktivitäten fördern Vielfalt auf allen Ebenen: Als Unterzeichner der Charta der Vielfalt nimmt die Versicherungskammer mit einem umfassenden Programm regelmäßig am Diversity-Tag teil. Zudem wurde ihr 2022 das Siegel „Vorbild in Vielfalt und Diversity“ des F.A.Z.-Instituts verliehen.



Gesellschaftliche Verantwortung

Seit jeher steht die Versicherungskammer für die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, unter anderem mit den beiden Stiftungen „Versicherungskammer Kulturstiftung“ und „Versicherungskammer Stiftung“, die dem Ehrenamt gewidmet ist. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine wurden Mittel für entsprechende Projekte zur Verfügung gestellt. Die gesellschaftliche Verantwortung zeigt sich auch in den originären Aufgaben des Geschäftsbetriebs. Bei der Kapitalanlage und der Produktentwicklung werden die Bedürfnisse der Regionen mitberücksichtigt, etwa bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten, durch spezifische Produkte (zum Beispiel Ernteschutzversicherung, Pflegeplattform) und durch die Unterstützung und enge Zusammenarbeit mit den Kommunen (Krankenhäuser, Hebammen, Feuerwehren, DLRG-Jugend).



Gremien

Aufsichtsrat

Andreas Kolb

Vorsitzender (seit 12. Mai 2022)

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt
des öffentlichen Rechts
seit 1. Mai 2022

Isabella Pfaller

Vorsitzende (bis 23. März 2022)

Ehem. Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt
des öffentlichen Rechts
bis 23. März 2022

Dr. Wolfgang Breuer

Stellvertretender Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands
Provinzial NordWest Holding AG

Georg Burde

Mitarbeiter Operations
Anforderungsmanagement und
Automatisierung

Daniela Eckmann

Mitglied des Betriebsrats

Gabriele Edlhuber

Mitglied des Betriebsrats

Dr. Robert Heene

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt des
öffentlichen Rechts

Dr. Dirk Christian Hermann

Vorsitzender des Vorstands
SAARLAND Feuerversicherung AG

Maximilian Huber

Mitarbeiter Operations Services,
Krankenversicherung

Dr. Andreas Jahn

Vorsitzender des Vorstands
SV Sparkassenversicherung
Holding AG

Klaus G. Leyh

Mitglied des Vorstands
Versicherungskammer Bayern
Versicherungsanstalt
des öffentlichen Rechts

Christian Luff

Mitarbeiter Beihilfe- und
Firmenversicherung Vertrieb,
Krankenversicherung

Knud Maywald

Vorsitzender des Vorstands
Öffentliche Versicherung
Braunschweig

Gerhard Müller

Vorsitzender des Vorstands
der Sparkassen-Versicherung Sachsen

Dr. Frederic Roßbeck

Vorsitzender des Vorstands
Feuersozietät Berlin Brandenburg
Versicherung AG

Frank A. Werner

Mitglied des Vorstands
Feuersozietät Berlin Brandenburg
Versicherung AG
Saarland Feuerversicherung AG

Vorstand

Andreas Kolb

Vorsitzender

Unternehmensplanung und Controlling,
Rechnungswesen, Mathematik und Produkt-
entwicklung, Kapitalanlage und -verwaltung,
Beihilfe- und Firmenversicherung, Recht und
Steuern, Personal, Versicherungsmathematische
Funktion, Informationstechnologie,
Risikomanagement
bis 30. April 2022

Isabella Martorell Naßl

Vorsitzende

Unternehmensplanung und Controlling,
Rechnungswesen, Kapitalanlage und -verwaltung,
Kundenservice und Leistungsbearbeitung,
Recht und Steuern, Personal, Betriebs-
organisation, Risikomanagement
seit 1. Mai 2022

Martin Fleischer

Mathematik und Produktentwicklung,
Versicherungsmathematische Funktion,
Beihilfe- und Firmenversicherung,
Informationstechnologie, Allgemeine Services,
Datenschutz, Risikomanagement
seit 1. Mai 2022

Katharina Jessel

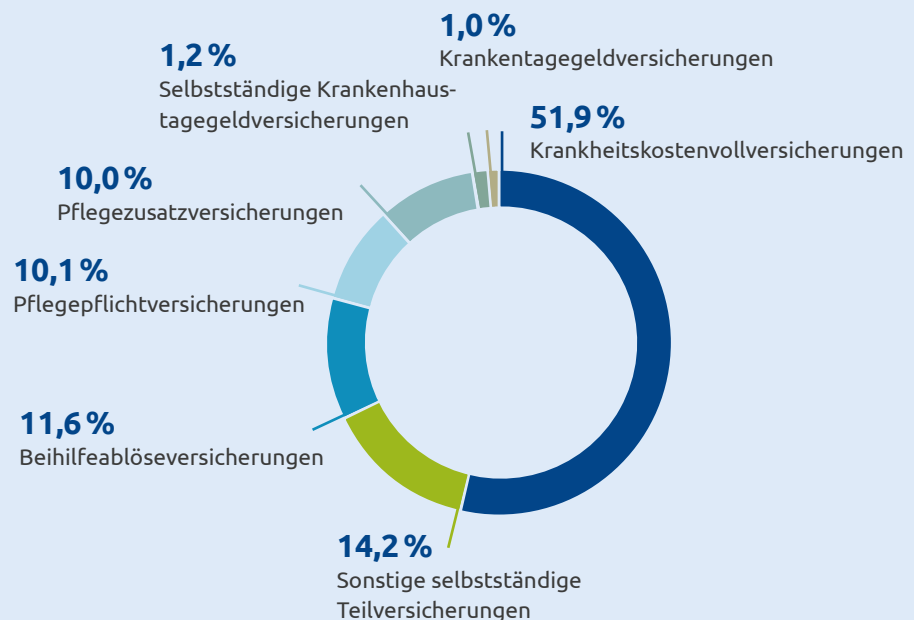
Vertrieb/Markt, Marketing, Unternehmens-
kommunikation, Revision, Compliance,
Geldwäscheprävention, Risikomanagement

Lagebericht

- › Geschäft und Rahmenbedingungen **12**
- › Ertragslage **14**
- › Finanzlage **16**
- › Vermögenslage **17**
- › Zusammenfassende Aussage zur wirtschaftlichen Lage **18**
- › Bericht über die Beziehungen
zu verbundenen Unternehmen **18**
- › Personal- und Sozialbericht **19**
- › Chancen- und Risikobericht **21**
- › Prognosebericht **32**
- › Definitionen **36**
- › Versicherungszweige und Versicherungsarten **37**

Gebuchte Bruttobeiträge

im selbst abgeschlossenen Geschäft



Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäft

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG wurde im Jahr 1926 gegründet und gehört zusammen mit der Union Krankenversicherung AG und der Union Reiseversicherung AG zur Consal Beteiligungsgesellschaft AG. Die Gesellschaften sind Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer und sind als öffentliche Versicherer in die Sparkassen-Finanzgruppe eingebunden. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse und die Union Krankenversicherung sind hinsichtlich der Anzahl der versicherten Personen die drittgrößte private Krankenversicherungsgruppe in Deutschland. Die Unternehmen bieten eine umfassende Produktpalette mit bedarfsorientierten und leistungsstarken Krankheitskostenvoll- und Krankheitskostenzusatzversicherungen sowie Pflegeversicherungen, Beamtenversicherungen und betrieblichen Krankenversicherungen. In der Beihilfeablöseversicherung ist die Bayerische Beamtenkrankenkasse Marktführer in Deutschland.

Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Lage im Jahr 2022 war geprägt durch die Folgen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine sowie der Null-Covid-Strategie Chinas mit erheblichen Beschränkungen im weltweiten Handel und gestörten Lieferketten. Beides trug maßgeblich zu einem drastischen Anstieg von Inflation und Zinsen bei.

Trotz der spürbaren Belastungen überschritt die deutsche Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2022 erstmals wieder knapp das Niveau vor der Coronavirus-Pandemie. Im Gesamtjahr 2022 verzeichnete das deutsche Bruttoinlandsprodukt nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamts (Destatis; Pressemitteilung vom 30. Januar 2023) preisbereinigt ein Plus von 1,8 (2,6) Prozent. Dabei zeigten die einzelnen Wirtschaftsbereiche eine sehr unterschiedliche Entwicklung. Insbesondere der Bereich der Dienstleistungen profitierte von Nachholeffekten im Zuge der gelockerten Coronamaßnahmen.

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland wurde maßgeblich vom privaten Konsum gestützt, der sich gemäß Statistischem Bundesamt (Destatis; Pressemitteilung vom 13. Januar 2023) preisbereinigt um 4,6 (0,4) Prozent erhöhte. Zunehmend gedämpft wurde die Kaufkraft der privaten Haushalte im Jahresverlauf jedoch von der allgemeinen Unsicherheit und der spürbar verringerten realen Kaufkraft in Folge des Anstiegs der Verbraucherpreise, die sich im Jahresdurchschnitt deutlich um 7,9 (3,1) Prozent erhöhten. Die Lage am Arbeitsmarkt war insgesamt stabil. Die Nachfrage der Unternehmen nach Personal war in vielen Bereichen trotz der eingetrübten wirtschaftlichen Aussichten weiterhin auf hohem Niveau. Mit durchschnittlich 45,6 Mio. Erwerbstätigen lag die Anzahl der Erwerbstätigen auf einem Rekordniveau.

Neben den privaten Konsumausgaben wirkten sich insbesondere steigende Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge positiv auf die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2022 aus.

Der staatliche Konsum zeigte einen moderaten Anstieg der Ausgaben von 1,1 (3,8) Prozent. Dabei standen insgesamt verringerten Ausgaben im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie erhöhte Ausgaben für Geflüchtete gegenüber.

Der Außenhandel nahm trotz der anhaltend hohen Inflation sowie der allgemeinen Unsicherheit zu.

Entwicklung des Kapitalmarkts

Das Jahr 2022 war für Anleger kein leichtes Jahr. Zahlreiche Faktoren wirkten gleichzeitig: hohe Inflationsraten, der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, stark schwankende und vor allem steigende Energiepreise. Diese Gemengelage führte zu starken Marktschwankungen. Die Unsicherheit unter den Investoren war so hoch wie seit den Jahren der globalen Finanzkrise nicht mehr. Ohne den Rückenwind der lockeren Geldpolitik kann das Jahr 2022 als eine Abkehr von der Vergangenheit gesehen werden. Die aggressive Straffung der Geldpolitik durch die Zentralbanken führte in Kombination mit Rezessionsängsten zu fallenden Aktienkursen und einer Trendumkehr an den Rentenmärkten.

Die Renditen für risikoärmere Zinsanlagen stiegen im Geschäftsjahr 2022 Jahr schnell und kräftig. Die Rendite deutscher 10-jähriger Staatsanleihen stieg von -0,2 Prozent auf +2,6 Prozent und war somit seit Jahren zum ersten Mal wieder positiv. Auch die Rendite ihrer US-amerikanischen Pendanten erhöhte sich im Jahresverlauf von +1,5 Prozent auf +3,9 Prozent.

Auf Jahressicht gab der Euro gegenüber dem US-Dollar weiter deutlich nach. Erhielt man Ende des Jahres 2021 noch 1,14 USD für einen Euro, waren es Ende des Jahres 2022 nur noch 1,07 USD. Dies entspricht einer Abwertung von 6,1 Prozent. Im Laufe des Jahres rutschte die europäische Gemeinschaftswährung sogar unter die Parität zum US-Dollar. Treiber für diese Entwicklung war die zunehmende Zinsdifferenz zwischen dem Euroraum und den USA, welche durch das schnellere sowie aggressivere Ankämpfen der US-Notenbank gegen die hohen Inflationsraten entstand.

An den weltweiten Aktienmärkten zeichnete sich im Jahr 2022 eine deutlich negative Entwicklung ab. Anders als in den Vorjahren gaben US-Aktien mit –13,7 Prozent (Gesamttrendite in EUR) deutlich nach. Damit waren die Verluste von US-Titeln höher als die vieler anderer Werte. Der Rückgang für Anleger aus der europäischen Währungsunion konnte aufgrund der Abwertung der Gemeinschaftswährung eingedämmt werden. Auch die Indizes DAX und MSCI World konnten sich dem Abwärtstrend mit –12,4 Prozent beziehungsweise –13,2 Prozent (Gesamttrendite in EUR) nicht entziehen. Eine noch schwächere Entwicklung verzeichneten die Aktien von Unternehmen aus den Schwellenländern, welche einen Abschlag von 14,8 Prozent (Gesamttrendite in EUR) hinnehmen mussten.

Branchenentwicklung

Die Geschäftsentwicklung in der Versicherungswirtschaft war im Jahr 2022 insbesondere durch die signifikanten Änderungen der makroökonomischen Rahmenbedingungen mit einer Inflation auf Rekordniveau sowie einem sehr raschen und starken Zinsanstieg geprägt. Daneben beschäftigten die Versicherer zahlreiche weitere Themenbereiche. Hierzu zählten zum Beispiel die steigenden Digitalisierungsanforderungen, die sich auf Kundenbedürfnisse und Fachkräftesituation auswirkende demografische Entwicklung sowie die Umsetzung der sich kontinuierlich ändernden und wachsenden regulatorischen und gesetzlichen Anforderungen. Auch die Auseinandersetzung mit Klimaschutz und Nachhaltigkeit rückte weiter ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Dies bezieht sich in der Versicherungswirtschaft nicht nur auf steigende Schadenbelastungen durch schwere Unwetterereignisse, sondern auch auf den eigenen Geschäftsbetrieb, die Versicherungsprodukte sowie die Kapitalanlagen (Green Investments, alternative Kapitalanlagen). So verpflichteten sich deutsche Versicherer im Rahmen einer Initiative des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV), die Treibhausgasneutralität der Kapitalanlagen bis zum Jahr 2050 anzustreben.

Auch wenn sich die Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Versicherungsunternehmen ändern, der Bedarf an Versicherungen bleibt bestehen. Ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt dabei auf die privaten Haushalte. Deren Kaufkraft sinkt zwar durch die inflatorische Entwicklung, gleichzeitig führen diese und die demografische Entwicklung zu einem steigenden Absicherungsbedarf, zum Beispiel aufgrund wachsender Lücken in der Altersversorgung.

Der GDV geht in einer vorläufigen Schätzung (Jahresmedienkonferenz am 26. Januar 2023, GDV) von einem leichten Beitragsminus in Höhe von insgesamt von 0,7 Prozent (Vorjahr Beitragsplus von 1,7 Prozent) aus. Das rückläufige Beitragsvolumen resultiert dabei aus signifikant geringeren Einmalbeiträgen in der Lebensversicherung.

Die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die private Krankenversicherung (PKV) bilden die Säulen des deutschen Gesundheitssystems. Die Gesundheitsausgaben in Deutschland zeichnen sich sowohl in absoluten Zahlen als auch im prozentualen Anteil am Bruttoinlandsprodukt durch ein kontinuierliches Wachstum aus. Gemäß Statistischem Bundesamt entfielen im Jahr 2020 13,1 Prozent aller Ausgaben in Deutschland auf Gesundheitsleistungen. Dies führt zu kontinuierlich wachsenden Leistungsausgaben der Versicherer und der Kassen. Die Leistungsausgaben der GKV wurden in der jüngsten Erhebung des GKV-Verbands für das Jahr 2021 auf 263,4 Mrd. Euro beziffert. Rund 9,0 Mio. Menschen in Deutschland verfügen über eine private Krankheitskostenvollversicherung, darüber hinaus gibt es etwas über 29,0 Mio. privat Zusatzversicherte.

Die private Kranken- und Pflegeversicherung verzeichnete im Jahr 2022 nach vorläufigen Schätzungen ein Wachstum der Beitragseinnahmen in Höhe von 3,1 (5,7) Prozent. Dabei zeigte die Krankenversicherung einen Anstieg um 1,8 Prozent. Die private Pflegeversicherung erzielte mit einem Plus von 14,7 Prozent erneut deutlich steigende Beitragseinnahmen. Hierzu trug auch der auf das Jahr 2022 befristete Coronazuschlag bei, der der Finanzierung der gesetzlich vorgeschriebenen Mehrausgaben zur Bewältigung der Coronavirus-Pandemie diente.

Die ausgezahlten Versicherungsleistungen erhöhten sich um 3,8 Prozent. Dabei stiegen sie im Bereich der Krankenversicherung um 3,7 Prozent, im Bereich der Pflegeversicherung wuchsen sie um 5,9 Prozent. Aufgrund von Festpreisregelungen durch amtliche Gebührenordnungen hat sich die Inflation in der PKV nur teilweise in den Leistungen des Jahres 2022 niedergeschlagen.

Geschäftsentwicklung und Ergebnis

Die wirtschaftliche Entwicklung für das Geschäftsjahr 2022 verlief für die Bayerische Beamtenkrankenkasse insgesamt positiv. Die Beitragssteigerung lag mit 3,5 Prozent auf dem geplanten Niveau.

Die Lockerungen der Corona-Beschränkungen führten im Geschäftsjahr 2022 zu einer Normalisierung der Leistungsanspruchnahmen und damit zu steigenden Schadenaufwendungen. Neben der insgesamt steigenden Inanspruchnahme von Leistungen wurden insbesondere bei der Gesundheitsvorsorge Nachholeffekte beobachtet. Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle stiegen daher deutlich, jedoch geringer als geplant, auf 1.539,0 (1.442,3) Mio. Euro an. Die Schadenquote entwickelte sich besser als erwartet und lag bei 80,1 (78,4) Prozent. Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb lagen mit 160,0 (153,8) Mio. Euro leicht über dem geplanten Niveau.

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen lag mit 215,4 (292,3) Mio. Euro moderat unter Plan. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse erzielte eine Nettoverzinsung in Höhe von 1,7 (2,5) Prozent. Der Zinsanstieg im Geschäftsjahr brachte für die Bayerische Beamtenkrankenkasse verbesserte Chancen in der Neu- und Wiederanlage der Kapitalanlage, kurzfristig ergab sich jedoch ein erheblicher Rückgang der Reserven im Kapitalanlagebestand. Zum 31. Dezember 2022 waren Bewertungsreserven in Höhe von –359,7 (1.747,9) Mio. Euro vorhanden.

Der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB), welche anzeigt, wie viele finanzielle Mittel in Form von Einmalbeiträgen zur Begrenzung von Beitragserhöhungen sowie für Beitragsrückerstattung an leistungsfreie Kunden zur Verfügung stehen, wurden 170,6 (235,6) Mio. Euro zugeführt, die RfB Quote stieg von 28,2 auf 31,9 Prozent.

Der Steueraufwand vom Einkommen und vom Ertrag stieg auf 21,1 (18,9) Mio. Euro. Der Jahresüberschuss im Jahr 2022 lag planmäßig bei 14,3 (22,5) Mio. Euro.

Ertragslage

Beiträge

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich um 3,5 Prozent auf 2.027,9 (1.959,2) Mio. Euro. Dazu trugen sowohl notwendige Beitragserhöhungen als auch das Neugeschäft bei. Einschließlich der Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) in Höhe von 41,2 (97,0) Mio. Euro beliefen sich die Gesamtbeitragseinnahmen auf 2.069,1 (2.056,2) Mio. Euro.

Neugeschäft

Insgesamt konnte die Vorjahresproduktion deutlich ausgebaut werden. Alle Vertriebswege konnten ihre Produktion gegenüber dem Vorjahr steigern.

Bei den Geschäftsfeldern wiesen das Firmen- und das Vollversicherungsgeschäft hohe Zuwächse auf. Bei dem privaten Zusatz- und dem Beamtenversicherungsgeschäft konnte das hohe Niveau des Vorjahres nicht erreicht werden. Die Produktion in der privaten Pflegezusatzversicherung konnte deutlich übertroffen werden.

Bestand

Zum Jahresende hatte die Bayerische Beamtenkrankenkasse 1.944.989 Kunden versichert, davon 297.779 in der Krankheitskostenvollversicherung und 1.203.284 in der Krankheitskostenzusatzversicherung. In der Beihilfeablässeversicherung waren 443.926 Personen versichert.

3,5 %

Wachstum der gebuchten Bruttobeiträge

1.539,0

Mio. Euro
Aufwendungen für Versicherungsfälle

170,6

Mio. Euro
der Rückstellung für
erfolgsabhängige Beitrags-
rückerstattung zugeführt

Leistungen an die Kunden

Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle lagen mit 1.539,0 (1.442,3) Mio. Euro unter dem geplanten Niveau und setzten sich aus den Zahlungen für Versicherungsfälle mit 1.533,9 (1.475,3) Mio. Euro und der Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle mit 5,1 (–33,0) Mio. Euro inklusive der Schadenregulierungsaufwendungen zusammen.

Für künftige Versicherungsfälle wurden der Deckungsrückstellung 352,4 (445,3) Mio. Euro zugeführt. Die PKV-Schadenquote, die durch die Veränderung der Deckungsrückstellung wesentlich beeinflusst wird, lag bei 80,1 (78,4) Prozent. Der Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung wurden 170,6 (233,2) Mio. Euro zugeführt. Diese Mittel kommen den Versicherten durch geringere Beitragsanpassungen oder in Form von Beitragsrückerstattungen in der Zukunft direkt zugute.

Kosten

Die Verwaltungskostenquote lag unverändert bei 1,9 Prozent, die Abschlusskostenquote lag bei 6,0 (5,9) Prozent.

Insgesamt lagen die Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb bei 160,0 (153,8) Mio. Euro. Diese untergliederten sich in Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 39,1 (38,1) Mio. Euro und in Abschlussaufwendungen in Höhe von 120,8 (115,7) Mio. Euro.

1,9%

Verwaltungskostenquote
liegt unter Marktniveau

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen belief sich auf 215,4 (292,3) Mio. Euro.

Die Erträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 282,6 (313,9) Mio. Euro setzten sich aus laufenden Erträgen in Höhe von 272,0 (262,5) Mio. Euro, Zuschreibungen in Höhe von 5,7 (13,9) Mio. Euro und Erträgen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 4,9 (37,4) Mio. Euro zusammen.

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen beliefen sich auf insgesamt 67,2 (21,6) Mio. Euro. Der Anstieg der Aufwendungen ist im Wesentlichen auf höhere außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 18,6 (5,2) Mio. Euro und höhere Abgangsverluste in Höhe von 27,3 (1,7) Mio. Euro sowie höheren Verwaltungsaufwand in Höhe von 13,7 (9,5) Mio. Euro zurückzuführen.

Die Nettoverzinsung erreichte 1,7 (2,5) Prozent. Die laufende Durchschnittsverzinsung – berechnet nach der vom GDV empfohlenen Methode – lag bei 2,0 (2,1) Prozent.

Überschussverwendung

Im Verhältnis zum Rohüberschuss nach Steuern in Höhe von 184,9 (286,4) Mio. Euro ergab sich eine Überschussverwendungsquote in Höhe von 92,3 (92,1) Prozent.

Jahresüberschuss

Der Steueraufwand vom Einkommen und vom Ertrag stieg auf 21,1 (18,9) Mio. Euro. Der Jahresüberschuss belief sich auf 14,3 (22,5) Mio. Euro. Der Bilanzgewinn lag aufgrund einer Zuführung in die Gewinnrücklagen über 4,0 (4,0) Mio. Euro und der Verwendung des Gewinnvortrages aus dem Vorjahr von 11,0 (0) Mio. Euro planmäßig bei 21,3 (18,5) Mio. Euro.

Finanzlage

Liquidität

Die zur jederzeitigen Erfüllung der laufenden Zahlungsverpflichtungen notwendige Liquidität wird durch eine mehrjährige Liquiditätsplanung sichergestellt. Diese Liquiditätsplanung berücksichtigt Einzahlungen, die im Wesentlichen aus Beiträgen, Erträgen und Rückzahlungen von Kapitalanlagen stammen. Sie werden mit den Auszahlungen zusammengeführt, die vorwiegend aus Versicherungsleistungen, Reinvestitionen in Kapitalanlagen sowie laufenden Ausgaben des Versicherungsbetriebs und Investitionen bestehen.

Durch die vorschüssigen laufenden Beitragseinnahmen und die Rückflüsse aus den Kapitalanlagen fließen permanent liquide Mittel zu. Diese werden – neben den laufenden Auszahlungen für Leistungen an die Kunden – wiederum in Kapitalanlagen investiert, um die Erfüllung der zukünftigen Verpflichtungen stets gewährleisten zu können.

Investitionen

Investitionsschwerpunkte waren im Geschäftsjahr Immobilien mit Zugängen in Höhe von 150,2 Mio. Euro, Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit Zugängen in Höhe von 289,3 Mio. Euro und Aktien, Aktien und Anteile an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere mit Zugängen in Höhe von 242,5 Mio. Euro sowie Sonstige Ausleihungen mit Zugängen in Höhe von 296,5 Mio. Euro. Bei den Zugängen von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen handelte es sich überwiegend um Immobilienbeteiligungen.

In den Zugängen von Aktien, Aktien und Anteilen an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinsliche Wertpapiere waren kurzfristige Anlagen in Geldmarktfonds in Höhe von 120,1 Mio. Euro und Anlagen in Rohstoffen in Höhe von 39,5 Mio. Euro enthalten. Die weiteren Zugänge von Anteile an Investmentvermögen waren in Höhe von 68,0 Mio. Euro auf den Erwerb von Immobilien- und Infrastrukturfonds und in Höhe von 14,8 Mio. Euro auf den Erwerb von Aktien- und Private-Equity-Investments zurückzuführen.

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der Bayerische Beamtenkrankenkasse stellte sich zum Bilanzstichtag wie folgt dar:

Aktiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,1	–	0,2	–
Kapitalanlagen	12.647,6	98,8	12.177,4	98,7
Übrige Aktiva	147,1	1,2	155,0	1,3
Gesamt	12.794,8	100,0	12.332,6	100,0

Passiva	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eigenkapital	232,0	1,8	225,2	1,8
Versicherungstechnische Rückstellungen	12.385,5	96,8	11.933,1	96,8
Übrige Passiva	177,3	1,4	174,3	1,4
Gesamt	12.794,8	100,0	12.332,6	100,0

Den Versicherungstechnischen Rückstellungen in Höhe von 12.385,5 (11.933,1) Mio. Euro standen Kapitalanlagen in Höhe von 12.647,6 (12.177,4) Mio. Euro sowie Eigenkapital in Höhe von 232,0 (225,2) Mio. Euro gegenüber.

In den übrigen Passiva sind Pensionsrückstellungen in Höhe von 79,4 (73,6) Mio. Euro, Steuerrückstellungen in Höhe von 32,3 (38,3) Mio. Euro und Verbindlichkeiten in Höhe von 42,9 (38,0) Mio. Euro enthalten. Die Verbindlichkeiten haben im Wesentlichen eine Restlaufzeit von unter einem Jahr, lauten auf Euro und sind unverzinslich. Überwiegend bestehen diese in Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen im Rahmen des Konzern-Abrechnungsverkehrs in Höhe von 17,9 (14,6) Mio. Euro und gegenüber Versicherungsnehmern in Höhe von 15,8 (15,4) Mio. Euro.

Vermögenslage

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

Eigenkapital

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Eingefordertes Kapital	28,1	12,1	28,1	12,5
Kapitalrücklage	71,0	30,6	71,0	31,5
Gewinnrücklagen	111,6	48,1	107,6	47,8
Bilanzgewinn	21,3	9,2	18,5	8,2
Gesamt	232,0	100,0	225,2	100,0

3,9%

Kapitalanlagebestand erhöht

Kapitalanlagen

Der Bestand an Kapitalanlagen erhöhte sich im Geschäftsjahr um 3,9 Prozent auf 12.647,6 (12.177,4) Mio. Euro.

Diese Bestandsveränderung resultierte im Wesentlichen aus Zugängen (inklusive Amortisationen) in Höhe von 1.386,2 (2.341,5) Mio. Euro und Abgängen (inklusive Amortisationen) in Höhe von 891,9 (1.830,5) Mio. Euro.

Im Geschäftsjahr erfolgten Zugänge von Immobilien in Höhe von 150,2 Mio. Euro, Zugänge von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe von 288,3 Mio. Euro und Zugänge von Aktien, Aktien und Anteile an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von 242,5 Mio. Euro sowie Zugänge von Sonstigen Ausleihungen mit Zugängen in Höhe von 296,5 Mio. Euro. Bei den Zugängen von Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen handelte es sich überwiegend um Immobilienbeteiligungen.

In den Zugängen von Aktien, Aktien und Anteilen an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinsliche Wertpapiere waren kurzfristige Anlagen in Geldmarktfonds in Höhe von 120,1 Mio. Euro und Anlage in Rohstoffen in Höhe von 39,5 Mio. Euro enthalten. Die weiteren Zugänge von Anteile an Investmentvermögen waren in Höhe von 68,0 Mio. Euro auf den Erwerb von Immobilien- und Infrastrukturfonds und in Höhe von 14,8 Mio. Euro auf den Erwerb von Aktien- und Private-Equity-Investments zurückzuführen.

Die Abgänge von Sonstigen Ausleihungen betreffen im Wesentlichen Fälligkeiten von Darlehen.

Die Abgänge von Anteilen an Investmentvermögen sind im Wesentlichen auf Verkäufe von Rentenfonds mit einem Buchwert in Höhe von 45,3 Mio. Euro zurückzuführen.

Die Kapitalanlagen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Kapitalanlagen

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	519,4	4,1	376,9	3,1
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	888,7	7,0	637,0	5,2
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.011,1	39,6	4.830,8	39,7
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.776,6	14,0	1.374,3	11,3
Sonstige Ausleihungen	4.451,8	35,3	4.958,4	40,7
Gesamt	12.647,6	100,0	12.177,4	100,0

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf –359,7 (1.747,9) Mio. Euro und lagen bei –2,8 (14,4) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Versicherungstechnischen Rückstellungen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

Versicherungstechnische Rückstellungen

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Mio. €	%	Mio. €	%
Beitragsüberträge	10,4	0,1	9,7	0,1
Deckungsrückstellung	11.350,7	91,6	10.998,3	92,1
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	373,4	3,0	368,5	3,1
Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	650,7	5,3	556,3	4,7
Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen	0,3	–	0,3	–
Gesamt	12.385,5	100,0	11.933,1	100,0

Die Veränderung der Versicherungstechnischen Rückstellungen im Geschäftsjahr 2022 ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Deckungsrückstellung zurückzuführen.

In der Zuführung zur Deckungsrückstellung waren die Einmalbeiträge, die im Rahmen von Beitragsanpassungen verwendet wurden, enthalten sowie die Zuführung nach § 150 Abs. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG), die von der Nettoverzinsung abhängig ist. Ebenso wirkten sich der Sparanteil und die rechnungsmäßigen Zinsen auf die Zuführung zur Deckungsrückstellung aus.

Die Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung wurde durch die Entnahmen für Kappungen im Rahmen der Beitragsanpassungen und für die Beitragsrückerstattung für leistungsfreie Kunden stark beeinflusst. Ebenso beeinflussten die Zuführungen nach § 150 Abs. 4 VAG in Abhängigkeit von der Nettoverzinsung die RfB.

Die Zuführung zur Deckungsrückstellung belief sich im Jahr 2022 auf 352,4 (445,3) Mio. Euro.

Zusammenfassende Aussage zur wirtschaftlichen Lage

**Gute Risikotragfähigkeit:
Solvabilitätsanforderungen
übererfüllt**

Das Unternehmen verfügt aufgrund seiner stabilen Eigenmittelausstattung über eine gute Risikotragfähigkeit. Die vorhandenen Eigenmittel übersteigen die gesetzlich vorgeschriebenen Solvabilitätsanforderungen deutlich.

Eine detaillierte Finanzplanung zielt darauf ab, dass die Bayerische Beamtenkrankenkasse ihren Verpflichtungen jederzeit nachkommen kann.

Die wirtschaftliche Lage der Bayerische Beamtenkrankenkasse stellt sich positiv dar.

Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde vom Vorstand am 27. Februar 2023 der Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und gemäß § 312 Abs. 3 AktG folgende Erklärung abgegeben: „Nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt bekannt waren, zu dem die in diesem Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, haben wir bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Im Geschäftsjahr wurden keine berichtspflichtigen Maßnahmen ergriffen oder unterlassen.“

Dienstleistungen und Ausgliederungen

Die Bayerische Landesbrandversicherung AG (BLBV) übernimmt mit verschiedenen Dienstleistungs- und Ausgliederungsverträgen Aufgaben aus den Querschnittsbereichen (z.B. Recht, Steuern, Datenschutz, Compliance, Revision, Planung und Controlling, IT-Management, Marketing, Kapitalanlagemanagement, Personalmanagement, Rechnungswesen, Risikomanagement, Verkaufmanagement, Vertriebspartner- und Kundenmanagement sowie weitere Verwaltungsaufgaben) für verschiedene Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer, darunter auch die Bayerische Beamtenkrankenkasse.

Die Rückversicherungsaktivitäten werden von der Versicherungskammer Bayern Konzern-Rückversicherung AG wahrgenommen.

Aufgrund der Vereinbarung mit der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts stellt diese dem Unternehmen gegen Übernahme der laufenden Aufwendungen Beamte zur Verfügung.

Einige Aufgaben aus den Prozessen Planung und Controlling, Prozess- und Organisationsmanagement sowie Marketing und Öffentlichkeitsarbeit wurden von der Bayerische Beamtenkrankenkasse, der Union Krankenversicherung und der Union Reiseversicherung auf die Consal Beteiligungsgesellschaft übertragen.

Im Rahmen der engen Zusammenarbeit innerhalb der Unternehmen der Consal-Gruppe übertrugen sich die Bayerische Beamtenkrankenkasse, die Union Krankenversicherung und die Union Reiseversicherung gegenseitig Aufgaben.

Die Funktionen Betrieb, Schaden und Leistung sowie der Zahlungsverkehr für die Sparten Leben, Kranken und Komposit für den Privatkundenbereich übernimmt die Bayerischer Versicherungsverband VersicherungsAG mit verschiedenen Dienstleistungs- und Ausgliederungsverträgen.

Die VKBit Betrieb GmbH (VKBit) ist eine Tochtergesellschaft der InsureConnect GmbH und erbringt für die zum Konzern Versicherungskammer gehörenden Unternehmen sämtliche Aufgaben im Bereich der konzerninternen IT-Technik und IT-Infrastruktur. Mit der zum 01. Januar 2022 rückwirkenden Abspaltung des Unternehmensbereiches IT von der BLBV an die VKBit wurden weitere IT-Serviceleistungen für die Versicherer im Konzern Versicherungskammer an die VKBit übertragen.

Personal- und Sozialbericht

Moderne und zukunftsorientierte Arbeitsplatzkonzepte

Die bereits im vergangenen Jahr begonnenen Bestrebungen für die zukunftsorientierte Ausrichtung und Definition des Arbeitsplatzes gingen auch im Jahr 2022 weiter. Insbesondere an den Standorten München, Nürnberg und Saarbrücken stand die Schaffung von ganzheitlichen Gebäude-, Flächen- und Raumkonzepten im Vordergrund. Ziel war es einmal mehr, die hybride Zusammenarbeit, unabhängig vom Arbeitsort, zu unterstützen. Begleitet wurde dieses neue Raumkonzept von verschiedenen Veranstaltungsformaten für eine zuverlässige Überführung in den Arbeitsalltag.

Die flexible Ausrichtung der Arbeitsplätze hat es ermöglicht, vor dem Hintergrund der Energiekrise im vierten Quartal, die Büronutzung kurzfristig bestmöglich zusammenzulegen und auf diese Weise ganze Gebäudeteile während der kalten Jahreszeit in einen energiesparenden Modus zu versetzen (Projekt „FlexEnergy“). Die Zielsetzung ist dabei Einsparungen von bis zu 1 Mio kWh Strom und weiteren 1,4 Mio kWh Wärme, gemessen am Jahresverbrauch des Konzerns Versicherungskammer zu erzielen. Je nach Marktpreisentwicklung entspricht dies einem Jahreswert von ca. 1 Million Euro. Der Konzern Versicherungskammer ist überzeugt, damit einen sichtbaren Beitrag zur Stabilisierung der Energieversorgung in Deutschland zu leisten.

Förderung und Entwicklung eigener Mitarbeiter zu qualifizierten Fach- und Führungskräften

Mit einem vielfältigen Aus- und Weiterbildungsprogramm bietet der Konzern Versicherungskammer seinen Mitarbeitern fachliche und persönliche Förder- und Entwicklungsmöglichkeiten. Ziel ist es, mit den Angeboten die Mitarbeiter auf neue Anforderungen des Marktes (zum Beispiel Digitalisierung) vorzubereiten, den Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften zu decken und das Unternehmen in Zeiten des Wandels nachhaltig und erfolgreich weiterzuentwickeln.

Zur Sicherstellung der Qualität gibt es auf beiden Führungsebenen ein mehrmonatiges Programm zur Auswahl und Entwicklung. Zusätzlich fördert der Konzern Versicherungskammer verschiedene berufsbegleitende Weiterbildungsmaßnahmen. Ebenso werden attraktive Studenten- und Traineeprogramme angeboten, um den Management-Nachwuchs zu fördern und sich als reizvoller Arbeitgeber zu positionieren. Zu dem Programm gehören etwa berufsbegleitende Studiengänge, insbesondere die Teilnahme am Executive Master of Insurance an der Ludwig-Maximilians-Universität München, sowie ein 14-monatiges Traineeprogramm, das Hochschulabsolventen auf eine Spezialisten- oder Führungsaufgabe im Konzern Versicherungskammer vorbereitet.

Eine breite Palette an fachlichen und persönlichkeitsbildenden Qualifikationen rundet zudem das allgemeine Weiterbildungsportfolio ab. Zur Ausbildung und Förderung des mittleren und oberen Managements bietet der Konzern Versicherungskammer hauseigene Auswahl- und Weiterbildungsprogramme an, unter anderem IMOVE, eine für den Konzern Versicherungskammer speziell entwickelte hybride Unternehmenssimulation. Dieses Angebot richtet sich an alle Interessierten, die ihre eigenen Managementfähigkeiten fördern und entwickeln wollen, unabhängig von Hierarchie, Status und Funktion.

Der Konzern
Versicherungskammer
bietet seinen Beschäftigten ein umfassendes betriebliches Gesundheitsmanagement an

Die Ausarbeitung des Aus- und Weiterbildungsprogramms erfolgt zentral durch die Personalentwicklung und wird im Anschluss evaluiert sowie mit dem Personalvorstand abgestimmt. Alle Personalentwicklungsmaßnahmen setzen sich individuell zusammen und werden grundsätzlich von einer Bedarfsklärung, Bewertung und Transfersicherung begleitet.

Neben Weiterentwicklungen und Förderungen der internen Mitarbeiter ist für den Konzern Versicherungskammer auch die Arbeitgeberattraktivität für externe Bewerber von hoher Bedeutung. Dies wird durch die Teilnahme an Marktforschungen und Arbeitgeberbewertungen regelmäßig überprüft. Entsprechend den aktuellen und künftigen qualitativen und quantitativen Bedarfe an Mitarbeitern werden potenzielle Bewerber zielgruppenadäquat angesprochen und kompetenzbasiert ausgewählt. Mit hoher Präsenz in den sozialen Netzwerken wie Instagram, XING oder LinkedIn wird das Ziel verfolgt die Bekanntheit der Arbeitgebermarken zu steigern und spezielle Zielgruppen direkt anzusprechen. Zudem werden immer mehr Inhouse Veranstaltungen für Studierende von Universitäten und Hochschulen angeboten, um diesen einen Einblick in unser Unternehmen zu ermöglichen und unsere vielfältigen Einstiegsmöglichkeiten im Konzern Versicherungskammer vorzustellen.

Der Konzern Versicherungskammer bietet darüber hinaus jährlich einer hohen Anzahl von geeigneten Bewerbern einen Ausbildungsplatz an. Neben dem Berufseinstieg über die klassische Ausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen beziehungsweise zum Fachinformatiker besteht auch die Möglichkeit duale Studiengänge zu nutzen.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement umfasst als ganzheitliche Strategie die Planung, Koordination, Durchführung und Kontrolle aller Maßnahmen, die sowohl zur individuellen Gesundheit des einzelnen Mitarbeiters als auch zu einer „gesunden Organisation“ beitragen. Im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements bietet der Konzern Versicherungskammer seinen Beschäftigten deshalb ein umfassendes und vielfältiges Programm an. Zu den Angeboten zählen unter anderem die ärztliche Beratung und Betreuung. Zu den weiteren Angeboten gehören Empfehlungen und Onlinevorträge für die gesundheitsbewusste Arbeitsgestaltung, Aufklärung und Vermittlung von Hintergrundwissen zu COVID-19, Booster- und Grippeimpfungen, Vorträge zu Ernährung, Resilienz und Immunsystemstärkung sowie-, Sport- und Fitnessprogramme. Ein besonderer Höhepunkt im Jahr 2022 war die Ermittlung des Risikos für Herz-Kreislauf-Erkrankungen zusammen mit einem externen Dienstleister.

Der Konzern Versicherungskammer verfolgt eine familienbewusste Personalpolitik und hat diese im Rahmen mehrerer Auditierungsphasen durch die berufundfamilie Service GmbH verstärkt auf alle Konzernunternehmen in der Region ausgeweitet. Das Unternehmen fördert auf diese Weise seit vielen Jahren die Verbundenheit der Mitarbeiter mit dem Unternehmen und positioniert sich im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte und Spezialisten als attraktiver Arbeitgeber. Das dauerhafte Zertifikat wurde im Jahr 2022 erneut bestätigt.

Der Konzern Versicherungskammer bietet seinen Mitarbeitern viele Möglichkeiten und Hilfestellungen an, um eine größere Balance zwischen Beruf und Familie zu schaffen. Ziel ist es, eine Stärkung der Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen zu fördern und die Interessen der Beschäftigten mit den betrieblichen Erfordernissen in Einklang zu bringen.

Beispiele für realisierte Maßnahmen finden sich auf der Ebene der Arbeitsorganisation, wie etwa die variable Arbeitszeit mit zahlreichen Teilzeitangeboten, sowie im Bereich der Führungskräftequalifikation und in Weiterbildungsangeboten zum Thema „Management von Beruf, Familie und Privatleben“. Bei den Themen „Beruf und Kinder“ sowie „Beruf und Pflege“ werden die Mitarbeiter von externen Familiendienstleistern unterstützt. Zudem wurden regionale Kooperationen mit arbeitsplatznahen Kindergärten und Kinderkrippen geschlossen. Darüber hinaus unterstützt der Konzern Versicherungskammer seine Mitarbeiter mit Angeboten, wie zum Beispiel Jobsharing für Führungskräfte oder Beratungen rund um das Thema „Elternzeit und Wiedereinstieg“.

Der Konzern Versicherungskammer bietet seinen Mitarbeitern die Möglichkeit einer überwiegend arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersversorgung über eine Unterstützungskasse.

Die Vertretung der Arbeitnehmer des Unternehmens nimmt der jeweilige Betriebsrat der einzelnen Konzernstandorte wahr; die Interessen der Leitenden Angestellten vertritt der gemeinsame Sprecherausschuss für die Unternehmen des Konzerns Versicherungskammer. Der Vorstand dankt diesen Gremien für die gute Zusammenarbeit.

Für die in den konsolidierten Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen waren im Geschäftsjahr 2022 durchschnittlich 7.186 (7.070) Mitarbeiter tätig; davon waren 4.347 (4.252) Vollzeitangestellte, 1.585 (1.579) Teilzeitangestellte, 953 (951) angestellte Außendienstmitarbeiter und 301 (288) Auszubildende.

Die oben genannten Ausführungen sind aufgrund der Konzerneinbindung auch für die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG gültig.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse beschäftigte im Geschäftsjahr 2022 durchschnittlich 771 (765) Mitarbeiter im angestellten Innen- und Außendienst.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse setzt sich für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen ein. Die von ihr festgelegten Zielgrößen für den Frauenanteil sind im Abschnitt „Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289f HGB“ veröffentlicht.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeitern herzlich für die geleistete Arbeit und ihr großes Engagement im Geschäftsjahr 2022.

Chancen- und Risikobericht

Strukturen und Prozesse zur Identifikation und Wahrnehmung von Chancen im Rahmen des Strategie- und Geschäftsentwicklungsprozesses

Im bestehenden konzernweiten Strategie- und Geschäftsentwicklungsprozess sorgt ein übergreifender Prozess sowohl zentral als auch dezentral für eindeutige Verantwortlichkeiten in Bezug auf das frühzeitige Identifizieren und Wahrnehmen von Chancen. Dieser abgestimmte Prozess zieht sich durch alle Geschäftsfelder und Funktionen und berücksichtigt daher in gesteigertem Maße die Chancen, die sich durch Mitarbeiterpotenziale, Kundenorientierung, Vertriebspräsenz, Produkte und Kooperationen, aber insbesondere durch die Digitalisierung ergeben.

Im digitalen Innovationsprozess des Konzerns Versicherungskammer werden Handlungsfelder digitaler Innovation systematisch aufgegriffen, mit internen und externen Kompetenzen (unter anderem externen Beratern und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen) angereichert und auf Basis der Bedürfnisse entlang der Wertschöpfungskette in konkrete Maßnahmen überführt und skaliert. Gleichzeitig setzt der Konzern Versicherungskammer auf einen intensiven Austausch und Kooperationen mit Start-ups. Im Konzern Versicherungskammer gibt es klar definierte Einheiten beziehungsweise Mitarbeiter mit konkreten Zuständigkeiten und Zielen, die gezielt nach Chancen durch Kooperationen mit Start-ups suchen, um entlang der Wertschöpfungskette die Schlagkraft des Konzerns Versicherungskammer weiter zu verbessern. Zudem betreibt der Konzern Versicherungskammer ein eigenes Corporate-Start-up, um durch die Verprobung von Innovationsansätzen und den Transfer in den Konzern Versicherungskammer die Chancen auf eine optimierte-Adressierung der Kundenbedürfnisse zu erhöhen.

Chancen durch serviceorientierte Kundenansprache in der Region

Chancen durch Vertriebspräsenz

Der Multikanalvertrieb bietet für die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG ein hohes Potenzial für ein fortgesetztes ertragreiches Wachstum und verleiht dem Unternehmen Stabilität und eine gute Marktpositionierung. Die enge Zusammenarbeit innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe mit den selbstständigen Agenturen, Maklern und Versicherungsdiensten sowie der Onlinevertrieb und die Kooperationen mit gesetzlichen Krankenkassen bieten die Basis, Marktpotenziale zu nutzen. Für die Sparkassen ist sie der Krankenversicherer und vervollständigt mit ihren Tarifangeboten die ganzheitliche Beratung.

Langfristige, exklusive Kooperationsverträge mit den Partnern zielen darauf ab den Vertrieb der Versicherungsprodukte zu sichern. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse bietet eine maßgeschneiderte Vertriebsunterstützung, individuelles Training und exklusive Betreuung der Vertriebsmitarbeiter.

Eine weitere Stärkung der vertrieblichen Aktivitäten sieht die Bayerische Beamtenkrankenkasse in der Implementierung des hybriden Beratungs- und Abschlussprozesses „Plug and Play“.

Chancen durch Produkte

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse arbeitet kontinuierlich an der Optimierung ihres ertragreichen Produktportfolios. Dabei werden eine ziel- und risikoorientierte Annahmepolitik, die aktuellen Markterfordernisse sowie die Bedürfnisse der Kunden und Vertriebspartner berücksichtigt.

Die Zufriedenheit der Kunden ist ein wichtiger Gradmesser für die Bayerische Beamtenkrankenkasse. Gemessen wird die Kundenzufriedenheit durch den von MSR Insights erstellten Kundenzufriedenheitsindex „Kundenorientiertes Benchmarking von Prozessen für die Unternehmens-Steuerung“ (KUBUS). Insbesondere in dem Bereich Kundenbindung wurde der Bayerische Beamtenkrankenkasse ein sehr gutes Ergebnis attestiert.

Marktführer
im Bereich der staatlich
geförderten Pflege-
versicherung mit dem
Schwesterunternehmen
Union Krankenversicherung

Vom Kostenerstatter zum Gesundheitspartner mit vielfältigen Serviceangeboten für unsere Kunden

In der Krankheitskostenvollversicherung agiert die Bayerische Beamtenkrankenkasse als Gesundheitspartner für ihre Versicherten. Die umfassende Angebotspalette an lebensbegleitenden Serviceangeboten wird dabei sukzessive erweitert.

Die Produktpalette ist auf den Qualitätsverkauf abgestimmt. Dabei handelt es sich um modular aufgebaute hochwertige Produkte, die entsprechend den jeweiligen Kundenbedürfnissen kombiniert werden können.

Für Beamte bietet die Bayerische Beamtenkrankenkasse passgenaue Produkte inklusive qualifizierter medizinischer Beratung und integrierter Angebote für Gesundheitsprävention sowie einen innovativen Service zur Beihilfe an. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse nutzt ihre Chancen durch eine umfangreiche Produktpalette in der privaten und betrieblichen Krankheitskostenzusatzversicherung, mit der gesetzlich Versicherte ihren Gesundheitsschutz für die Bereiche Ambulant, Zahn, Sehhilfen, Arbeitsunfähigkeit, Krankenhausaufenthalt oder Auslandsaufenthalt ergänzen können. Viele Tarife sind online abschließbar, so unter anderem über die Homepages der Sparkassen.

Unsicherheiten um die zukunftssichere Ausgestaltung der Pflege begegnet die Bayerische Beamtenkrankenkasse mit Produkten für privat sowie gesetzlich Versicherte, mit denen sich die Kunden für den Fall einer Pflegebedürftigkeit in allen Pflegestufen finanziell absichern können. Im Bereich der Pflegeversicherung nimmt die Bayerische Beamtenkrankenkasse eine führende Position in Deutschland ein. Im Bereich der staatlich geförderten Pflegeversicherung ist das Unternehmen zusammen mit dem Schwesterunternehmen Union Krankenversicherung Marktführer.

Die betriebliche Krankheitskostenzusatzversicherung ist angesichts des demografischen Wandels, steuerlicher Vorteile und des Fachkräftemangels von hoher Bedeutung. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse bietet den Unternehmen im Bereich der Firmenversicherung Unterstützung als betrieblicher Gesundheitsmanager an. So macht eine betriebliche Krankenversicherung Unternehmen attraktiver für Fachkräfte. Sie bietet sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer viele Vorteile. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse erweitert ihre Produktpalette um weitere attraktive Bausteine, um auch weiterhin das Geschäftsfeld ausbauen und erweitern zu können.

Die Beihilfeablöseversicherung ist eine Versicherung für beihilfeverpflichtete Arbeitgeber (zum Beispiel Kommunen und kirchliche Einrichtungen). Daneben werden Servicedienstleistungen für die Beihilfeabrechnung der Kommunen im Konzernverbund über die Consal Servicegesellschaft mbH angeboten. In der Gewinnung weiterer Kunden sieht die Bayerische Beamtenkrankenkasse die Chance, ihre Position als Marktführer weiter auszubauen. Sie übernimmt die vereinbarten Beihilfezahlungen bei Krankheit des Arbeitnehmers. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse bietet maßgeschneiderte Produkte an. Durch die langjährige Erfahrung kann höchste Qualität mit kurzen Bearbeitungszeiten verbunden werden.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse begleitet ihre Kunden als verlässlicher und innovativer Gesundheits-, Pflege- und Reisepartner in allen Lebensphasen und bietet sich als erster Ansprechpartner zu allen Fragen rund um Gesundheit, Pflege und Reise an.

Chancen durch Engagements und Kooperationen

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse betreibt vielfältige Engagements und Kooperationen im Gesundheitswesen.

Der medizinische Beirat berät das Unternehmen mit dem Ziel, Entwicklungen im Gesundheitswesen rechtzeitig zu erkennen und umzusetzen, sodass die Kunden schnellstmöglich von sinnvollen neuen Behandlungsmethoden profitieren.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse reagiert auf die sich ändernden Bedürfnisse der Kunden. Eine medizinische Hotline bietet den vollversicherten Kunden ortsunabhängig ärztlichen Rat. Ob medizinische Beratung, zum Beispiel zu den Themen Vorsorge, alternative Medikamente oder andere Therapien, zusätzliche Informationen zu Erkrankungen und Diagnosen, Fragen zu ärztlichen Befunden oder Laborwerten. In solchen Situationen können die Kunden mit den Experten per Telefon sprechen.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse verfolgt als Gesundheitspartner das Ziel, dass ihre Kunden sinnvolle medizinische Innovationen frühzeitig erhalten, wie z.B. das digitale Gesundheitsprogramm „Gesundes Herz“. Der Kooperationspartner, iATROS – Digitales Herzzentrum, ist spezialisiert auf Herz-Kreislauf-Erkrankungen und unterstützt die Behandlung des Hausarztes oder Kardiologen.

Mit dem Service „Digitaler Hautarzt“ werden Hautveränderungen schnell und einfach von Hautärzten telemedizinisch begutachtet.

Kostenlose medizinische Beratung telefonisch durch qualifiziertes Personal

Vorreiter bei innovativen medizinischen Behandlungsmethoden

Der digitale Schwangerschaftsbegleiter Keleya deckt wichtige Themen zur Schwangerschaft ab.

Mit dem PflegePartner profitieren pflegende Angehörige von drei verschiedenen Services: der Organisationsplattform „Digitaler PflegePartner“, der persönlichen Pflegeberatung „Persönlicher PflegePartner“, sowie von „Persönlicher PflegePartner Plus“ – einer Pflegeberatung, die Versicherte für ihre pflegebedürftigen Angehörigen nutzen können.

Chancen durch digitale Innovation und zukunftsorientierte Unternehmenskultur

Chancen durch Digitalisierung

Im Jahr drei der Coronavirus-Pandemie kehrte die Branche im Jahr 2022 in den geschäftlichen Alltag zurück. Dabei gab die Pandemie der Digitalisierung einen unumkehrbaren Schub: Sowohl bei Kunden und Vertriebspartnern als auch bei den Mitarbeitern war eine klare Öffnung gegenüber digitalen Formaten und Lösungen zu spüren, was sich in vielen Bereichen durch die deutlich gestiegene Anzahl digitaler Projekte widerspiegelt. Gerade im Hinblick auf den Ausbau digitaler Dienstleistungen und Services nutzt der Konzern Versicherungskammer als moderner, kundenorientierter Versicherer neue Technologien und Möglichkeiten, um den stets wachsenden Convenience-Ansprüchen der Kunden gerecht zu werden sowie den Mitarbeitern den Weg in ein „New Normal“ zu ebnen.

Neue Arbeitswelt:
Smart Working

Nachdem es im Jahr 2022 zunächst hieß, die Grundlagen des Konzepts „Smart Working“ seien zu bilden, wird das mobile Arbeiten nun weiter ausgebaut. Konkret definiert der Konzern Versicherungskammer mit einem neuen kulturellen (Führungs-)Leitbild die Leitplanken für die künftige Führung, Steuerung und Zusammenarbeit. Für die Gestaltung des Arbeitsplatzes der Zukunft wurde ein Arbeitsplatzbelegungskonzept erstellt, ohne jedoch technische, ergonomische und gesundheitliche Fragen aus dem Blick zu verlieren. Nicht nur die Zusammenarbeit wird sich grundlegend ändern, sondern auch die Arbeitsumgebung an sich. So werden die Standorte Nürnberg, Saarbrücken, München und Berlin sukzessive nach dem Konzept „Smart Working@Campus“ weiterentwickelt. Hierbei ermöglichen ganzheitliche Gebäude-, Flächen- und Raumkonzepte ein Arbeiten nach den modernen Smart Working Anforderungen.

Digitale Kundenberatung:
Der Kunde steht im
Mittelpunkt

Insbesondere die Kunden stehen für den Konzern Versicherungskammer im Mittelpunkt. Aus diesem Grund zielt die konzernweite Initiative „Kundeninteraktion und Geschäftserfolg der Zukunft (KING)“ auf die konsequente Ausrichtung auf die Kunden und deren Bedürfnisse ab. Gleichzeitig konzentriert sie sich aber auch auf den ökonomischen Erfolg des Konzerns Versicherungskammer. In Einzelprojekten wird die Steigerung der digitalen Kundeninteraktion in crossfunktionaler Zusammenarbeit vorangetrieben. Ebenfalls wird die Portalwelt im Privat- und Arbeitgeber- sowie im Firmen- und Kommunkundenbereich fortlaufend weiterentwickelt. In einer optimierten Portallandschaft werden passgenaue Services für die unterschiedlichen Zielgruppen bereitgestellt.

Darüber hinaus wird die aktive Kundenansprache durch die Vertriebspartner bestmöglich unterstützt. Hierfür hat der Konzern Versicherungskammer ein vertriebssystemintegriertes Leadmanagement aufgebaut, welches bereits über 100 Agenturen nutzen. Im Jahr 2023 wird das umfangreiche, digitale Kampagnenmanagement weiter ausgebaut: mit den Vertriebspartnern des Konzerns Versicherungskammer im Driver's Seat – für eine moderne und aktive Kundenansprache.

Digitale Transformation
wird vorangetrieben

Ein weiterer zentraler Beschleuniger der internen, digitalen Transformation im Konzern Versicherungskammer ist insbesondere die Bereitschaft für Innovation sowie die Möglichkeit, innovative Fragestellungen in einem geschützten Rahmen zu testen. Unter der Marke „go. Innovation für alle“ werden neue Trends und Technologien am Markt identifiziert und bewertet, digitale Initiativen bis hin zu einem fertigen Prototyp beziehungsweise Minimum Viable Product (MVP) umgesetzt sowie die konzernweite Innovationskultur als Grundlage für Veränderung gestärkt. Dabei ist „go. Innovation für alle“ die konsequente Weiterentwicklung des im Jahr 2018 gegründeten Innovation Campus und steht für digitale Innovation im Rahmen des bestehenden Geschäftsmodells durch eine agile, crossfunktionale Arbeitsweise unter Zusammenarbeit mit zahlreichen internen wie externen Akteuren.

Eine Initiative von „go. Innovation für alle“ ist der IntraSprint. Dieser beinhaltet einen konzernweiten Ideenwettbewerb für neue Produkte/Services in der Zukunft der Gesundheit mit dem Ziel, gleichzeitig New-Work-Methoden im Konzern Versicherungskammer zu vermitteln. Die drei besten eingereichten Ideen werden im Rahmen eines Design Sprints zu einem ersten Prototyp ausgearbeitet und durch die Fachjury bewertet. Die Ideen, die gewonnen haben, werden anschließend zusammen mit den Innovationsmanagern von „go. Innovation für alle“ als Testprodukt auf dem Markt verprobt. Mit dem Format gewann der IntraSprint die Auszeichnung „Digitaler Leuchtturm 2022“ in der Kategorie „Das Unternehmen der Zukunft“, ausgelobt von der Süddeutschen Zeitung (SZ) und Google, mit Verleihung im Rahmen der SZ-Fachkonferenz „The Digital Insurance“ 2022.

Konzern Versicherungs-
kammer ausgezeichnet
als „Digital Champion –
Unternehmen mit Zukunft“

Diskriminierungs-
und vorurteilsfreies
Arbeitsumfeld

Solides Finanzmanagement
und zukunftsgerichtete
Strategie

Neben der Weiterentwicklung und Digitalisierung des bestehenden Geschäftsmodells findet zudem eine intensive Auseinandersetzung mit neuen Geschäftsmodellen im Konzern Versicherungskammer statt. Die Partnerschaften mit Innovationsnetzwerken wie dem InsurTech Hub Munich e.V. und Plug and Play bieten dem Konzern Versicherungskammer Zugang zu einem internationalen Innovations- und Start-up-Netzwerk, das entlang der gesamten Wertschöpfungskette und der strategischen Handlungsfelder des Konzerns Versicherungskammer Anwendung findet. Hervorzuheben ist die im Kontext dem InsurTech Hub entstandene Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer -Institut IESE. Im Rahmen einer Entwicklungspartnerschaft werden Themenkomplexe rund um die digitale Vernetzung des ländlichen Raumes (Smart Rural Areas) bearbeitet und manifestieren die Rolle des Konzerns Versicherungskammer als starken Partner der Kommunen und Landkreise. Mit dem BayernFunk wird zunächst der Rollout einer rein kommunal fokussierten Social-Media-Plattform angestrebt.

Im Rahmen der größten Untersuchung zur Digitalisierung in deutschen Betrieben wurde dem Konzern Versicherungskammer bereits zum fünften Mal in Folge das Deutschlandtest-Siegel „Digital Champion – Unternehmen mit Zukunft“ von FOCUS-MONEY verliehen.

Chancen durch Mitarbeiter

Der Konzern Versicherungskammer hat die aktuellen Themen wie den demografischen Wandel, die fortschreitende Digitalisierung und sich wandelnde Kundenbedürfnisse im Blick und passt dahingehend stetig die Prozesse und Ziele an. Deshalb stehen die proaktive Förderung vielfältiger Kompetenzen, die gezielte und langfristige Förderung und Bindung qualifizierter Mitarbeiter und Talente sowie die Gewinnung von Nachwuchstalente an vorderster Stelle.

Grundlage für eine respektvolle und wertschätzende Zusammenarbeit ist ein diskriminierungs- und vorurteilsfreies Arbeitsumfeld, in dem unterschiedliche Persönlichkeitsmerkmale, Lebensentwürfe, Kompetenzen und Perspektiven der Mitarbeiter als Erfolgsfaktoren verstanden werden.

Als Unterzeichner der Charta der Vielfalt fördern wir im Konzern Versicherungskammer den soziokulturellen Mix der Gesellschaft und legen dabei besonderes Augenmerk unter anderem auf Demografie, Umgang mit technischer Entwicklung, Herkunft, Wertvorstellung, Tradition, Flexibilität und Veränderung. Wir definieren Diversity als Wert unseres Konzerns gemäß dem Grundsatz „Wir leben Vielfalt“.

Der Konzern Versicherungskammer engagiert sich dabei auch auf Vorstandsebene in verschiedenen Plattformen und Veranstaltungen wie herCAREER, einem Karrierenetzwerk für Frauen, und Austauschformaten zum Thema Diversity des Arbeitgeberverbands der Versicherungsunternehmen in Deutschland.

Zusammenfassung und Ausblick

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse sieht ihre Chancen im weiteren Ausbau ihrer starken Wettbewerbsposition im Geschäftsgebiet. Eine stetige Weiterentwicklung der auf die Kundenbedürfnisse abgestimmten Produktpalette, der Kosteneffizienz sowie der flächendeckenden Vertriebs- und Servicepräsenz in der Region sind daher zentrale Bestandteile der Unternehmenspolitik. Für zukünftige Wachstumsfelder ist die Bayerische Beamtenkrankenkasse durch den intensiven Dialog mit bestehenden und potenziellen Kunden im Rahmen zahlreicher Initiativen und Projekte, die Anpassung von Verkaufsprozessen sowie die umfassende Präsenz von Vertrieb und Service vor Ort gut positioniert.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse zielt darauf ab, die aufsichtsrechtlichen Risikokapitalanforderungen durch ein solides Anlageportfolio und ihr systematisches Risikomanagement nachhaltig sicherzustellen.

Der Vorstand sieht das Erkennen und Wahrnehmen von Chancen als integralen Bestandteil des Managements. Elementar für eine effiziente Unternehmens- und Konzernsteuerung sind eine klare und transparente Strategie, die auf die langfristige Sicherung der Unternehmensexistenz abzielt, sowie deren entsprechende Umsetzung. Daher werden die Veränderungen der Rahmenbedingungen laufend beobachtet, um frühzeitig Chancen zu identifizieren und mit passenden Versicherungsprodukten flexibel darauf reagieren zu können.

Risikostrategie

Das Risikomanagement des Unternehmens orientiert sich maßgeblich am Unternehmensgrundsatz „Ertragskraft“. Die Verpflichtung und das Engagement der Unternehmensleitung, den kritischen und bewussten Umgang mit Risiken zu forcieren, sind in der Risikostrategie des Unternehmens dokumentiert. Diese leitet sich aus der Geschäftsstrategie und der übergeordneten Risikostrategie des Konzerns Versicherungskammer ab. In der Risikostrategie des Unter-

nehmens werden der potenzielle Einfluss von Risiken auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie deren Handhabung festgelegt. Die Risikostrategie wird vom Vorstand beschlossen und einmal jährlich im Aufsichtsrat erörtert.

Die Steuerung der Risikotragfähigkeit des Unternehmens erfolgt auf Basis eines Limitsystems, das sich an den in der Risikostrategie beschriebenen Anforderungsdimensionen orientiert. Dadurch soll die Risikotragfähigkeit des Unternehmens auf strategischer und operativer Ebene gewährleistet werden.

Strukturen und Prozesse des Risikomanagements

Das Risikomanagement im Unternehmen ist darauf ausgerichtet, dass im Sinne des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie gemäß §§ 26 ff. Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) gefährdende Entwicklungen und wesentliche Risiken frühzeitig erkannt und adäquate Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. Es orientiert sich dabei konsequent an den Anforderungen des VAG sowie an den Anforderungen von Solvency II.

Die Struktur des Unternehmens sorgt für eine Funktionstrennung zur Vermeidung von Interessenkonflikten sowie für eine eindeutige Zuordnung von Verantwortlichkeiten. Dabei wird eine Trennung zwischen dem Aufbau von Risikopositionen und deren Bewertung und Steuerung berücksichtigt.

Der Vorstand ist verantwortlich für die Durchführung und Weiterentwicklung des Risikomanagements. Er trifft hier gemäß § 91 Abs. 2 AktG geeignete Maßnahmen, damit der Fortbestand des Unternehmens gesichert ist und gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt werden. Dabei wird er vom Unternehmens-Risikoausschuss unterstützt, der entsprechende Empfehlungen an den Vorstand des Unternehmens ausspricht.

Die Aufgabe der Risikomanagementfunktion wird im Konzern Versicherungskammer zentral von der Abteilung Konzernrisikocontrolling ausgeführt. Sie koordiniert die Risikomanagementaktivitäten auf allen Ebenen und in allen Geschäftsbereichen. Dabei wird sie von den dezentralen Risikocontrollingeinheiten unterstützt.

Das dezentrale Risikocontrolling des Unternehmens setzt sich aus dem Kapitalanlagecontrolling, dem Spartenaktuariat Kranken sowie den dezentralen Controllingeinheiten zusammen. Die Kombination aus dezentralen und zentralen Risikomanagementeinheiten ermöglicht es, Risiken frühzeitig und flächendeckend zu identifizieren, einzuschätzen und vorausschauend zu steuern.

Die Risiko- und Ertragssituation des Unternehmens wird mithilfe eines Ampel- und Limitsystems überwacht und gesteuert. Im Konzern Versicherungskammer dienen darüber hinaus verschiedene Gremien (zum Beispiel Risikoausschuss, Governance-Ausschuss, Modellkomitee) der Entscheidungsvorbereitung und fördern die Risikokultur sowie die Umsetzung konzernweiter Standards.

Risiken, die sich nachhaltig negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens auswirken, werden im Rahmen des Risikoprozesses identifiziert, analysiert, bewertet und durch die zuständigen Fachbereiche gesteuert.

Neue Risiken werden identifiziert, bestehende Risiken aktualisiert und regelmäßig auf Wesentlichkeit überprüft – sowohl laufend als auch in einer jährlichen Risikoinventur. Die Risiken werden in den Fachbereichen dezentral erfasst und durch das zentrale Risikomanagement in einem Risikobestandsführungssystem zusammengeführt.

Die Bewertung der Risiken erfolgt aus regulatorischer und ökonomischer Sicht. Für die regulatorische Betrachtung wird die Solvabilitätskapitalanforderung gemäß der Solvency-II-Standardformel berechnet. Aus ökonomischer Sicht erfolgt die Bewertung der Risiken im Rahmen der unternehmenseigenen Risiko- und Solvabilitätsbeurteilung (ORSA) mithilfe von Sensitivitätsanalysen und Simulationsrechnungen (Stresstests). Diese bildet die Basis für ein ganzheitliches Risikomanagementsystem und umfasst die Bewertung des Gesamtsolvabilitätsbedarfs unter Berücksichtigung der Geschäfts- und Risikostrategie der Gruppe, des spezifischen Risikoprofils, der Risikotoleranz und der festgelegten Risikotoleranzschwellen. Die Angemessenheit des Vorgehens zur Risikoquantifizierung wird jährlich im Rahmen des ORSA-Prozesses und gegebenenfalls anlassbezogen durch das Risikomanagement überprüft.

Um Risiken zu vermeiden beziehungsweise zu reduzieren, werden spezifische Handlungsstrategien plausibilisiert und bei Bedarf weiterentwickelt.

Das Reporting über eingegangene Risiken, über die aktuelle Risikosituation und die Risikotragfähigkeit des Unternehmens erfolgt über die Risikomanagementfunktion.

Die Berichte informieren die Entscheidungsträger und den Aufsichtsrat unterjährig über die Entwicklung des Gesamtrisikoprofils sowie der im Limitsystem festgelegten Kennzahlen. Bei Limitüberschreitung werden umgehend Maßnahmen zur Risikominderung getroffen.

Die Interne Revision prüft die Abläufe des Risikomanagements auf Basis eines jährlich zu aktualisierenden Prüfungsplans und berichtet über die Ergebnisse an die Geschäftsleitung.

Überwachung und Steuerung der Risiko- und Ertragsituation erfolgt mithilfe eines Ampel- und Limitsystems

Risikoprofil

Das Risikoprofil des Unternehmens wird insbesondere von Marktrisiken und von versicherungstechnischen Risiken dominiert.

Die versicherungstechnischen Risiken spiegeln den Umstand wider, dass versicherte Leistungen im Krankenversicherungsgeschäft über den kalkulierten Erwartungen liegen können. Hierunter fallen insbesondere biometrische Risiken und Risiken aus dem Kundenverhalten.

Basierend auf den Ergebnissen des vergangenen ORSA zeigt sich die Bedeutung dieser Risikokategorien in einem vergleichsweise starken Auswirkungspotenzial auf die Solvabilitätsquote. Von untergeordneter Bedeutung sind im Risikoprofil Gegenparteausfallrisiken, operationelle Risiken, Liquiditätsrisiken, strategische Risiken und Reputationsrisiken. Innerhalb aller Risikokategorien werden auch Nachhaltigkeitsrisiken berücksichtigt, also Risiken, die sich aus Ereignissen oder Bedingungen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Unternehmensführung ergeben.

Ein bedeutendes strategisches Risiko ist die Einführung einer „Bürgerversicherung“, die jedoch nicht Teil des aktuellen Koalitionsvertrags ist.

Im vergangenen ORSA wurden insbesondere die Auswirkungen des Klimawandels auf die Kapitalanlage und die Versicherungstechnik analysiert. Bei der Risikobewertung der Klimarisiken in der Kapitalanlage wurden zum einen physische Risiken in Betracht gezogen, also Risiken im Zusammenhang mit Extremwetterereignissen, wie zum Beispiel Sturm, Überschwemmung und Hagel, und zum anderen transitorische Risiken, die sich durch den Übergang auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft ergeben können. Dabei wurde festgestellt, dass nach heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen die Auswirkungen des Klimawandels auf die Kapitalanlage sehr gering sind. Auch in der Versicherungstechnik zeigen unsere Analysen, dass die aufgrund des Klimawandels zu erwartenden höheren physischen Risiken die Risikotragfähigkeit des Konzerns Versicherungskammer nicht gefährden.

Als Folge der stetig zunehmenden Digitalisierung gewinnen Cyberrisiken sowie Maßnahmen zu deren Mitigation und zur Sicherstellung der Informationssicherheit an Bedeutung.

Geopolitische Krisensituationen, wie zum Beispiel der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, treffen mit dem daraus resultierten Einbruch an den Kapitalmärkten sowie den schlechteren Wachstumsaussichten der Weltwirtschaft auch die Versicherungsbranche. Die mit den geopolitischen Krisen verbundenen Auswirkungen auf die Energieversorgung und Lieferketten können die Wirtschaftsaussichten weiter eintrüben und zusammen mit einer hohen Inflation zu weiter rückläufigen Realeinkommen führen. Die wirtschaftliche Perspektive der Versicherer ist dadurch verstärkt von großer Unsicherheit geprägt.

Die überproportional stark gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise treiben die weltweite Inflation an und führen zu einem enormen Anstieg der Lebenshaltungskosten. Die gestiegenen Lebenshaltungskosten können neben der Inflation und dem rückläufigen Realeinkommen Auswirkungen auf den privaten Konsum haben und zu einem Rückgang der Nachfrage nach Versicherungsprodukten führen, wovon auch das Neugeschäft und damit die wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft betroffen wären.

Der Inflationsanstieg kann zudem mittelfristig auch Auswirkungen auf die Leistungen haben und zeitversetzt zu Beitragsanpassungen führen mit möglichen Folgen für das Neugeschäft und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft.

Der aus dem Preisanstieg und der Inflation resultierende Zinsanstieg führte zu einem deutlichen Abschmelzen der Kapitalanlagereserven. Verbunden mit der aktuell hohen Volatilität an den Kapitalmärkten führt dies zu entsprechenden Effekten auf die Risikotragfähigkeit des Unternehmens.

Die Inanspruchnahme von Leistungen verlief im Geschäftsjahr im Wesentlichen wie erwartet und stellt nach den beiden durch die Coronavirus-Pandemie beeinflussten Jahren eine Rückkehr zur Normalität dar. Eine Leistungsausweitung aufgrund der oben beschriebenen allgemeinen Inflation hat das Unternehmen nicht festgestellt.

Marktrisiko

Das Marktrisiko bemisst sich an der Ungewissheit in Bezug auf Veränderungen von Marktpreisen und -kursen (inklusive Zinsen, Aktienkursen und Devisenkursen) sowie an den Abhängigkeiten und ihren Volatilitätsniveaus. Es leitet sich direkt oder indirekt aus Schwankungen in der Höhe beziehungsweise Volatilität der Marktpreise für die Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Finanzinstrumente ab.

Das Unternehmen hat Asset-Liability-Management (ALM)- und Risikomanagementprozesse implementiert. Dabei werden mithilfe von Stresstests sowie Szenario- und Sensitivitätsanalysen die Risikotragfähigkeit sowie die Auswirkungen auf die HGB-Bilanz und die Solvabilitätsübersicht überprüft. Dieser Prozess dient dazu, Maßnahmen für die Steuerung der

Kapitalanlagen zusammen mit den Verbindlichkeiten abzuleiten. Konkret werden zum Beispiel die Auswirkungen lang anhaltender niedriger Zinsniveaus, ein wesentlicher Schock an den Aktienmärkten sowie eine Verschlechterung der Bonität von Zinsträgern untersucht.

Der überwiegende Teil der Kapitalanlagen des Unternehmens ist in Zinsträgern investiert und somit dem **Zinsrisiko** und überwiegend dem **Spreadrisiko** ausgesetzt. Die Zinsträger entfallen überwiegend auf Unternehmensanleihen (4.886,7 Mio. Euro), auf Staatsanleihen (2.520,9 Mio. Euro) sowie auf Pfandbriefe/Covered Bonds (1.365,7 Mio. Euro).

Insbesondere im indirekten Bestand enthaltene Aktien, außerbörsliche Eigenkapitalinstrumente, Private Equity, Rohstoffe sowie zum Teil Anlageinstrumente mit Merkmalen von Aktien und Schuldverschreibungen unterliegen dem Aktienrisiko. Die Risikoexponierung beläuft sich auf 1.506,6 Mio. Euro, wobei der Schwerpunkt auf Aktien, Private Equity und Infrastruktur-Eigenkapital liegt.

Das **Immobilienrisiko** betrifft sowohl direkt gehaltene Grundstücke und Gebäude als auch Immobilienfonds und Immobilienbeteiligungen im indirekten Bestand. Die Risikoexponierung beläuft sich auf 1.580,3 Mio. Euro.

Alle wesentlichen Wechselkursrisiken aus Fremdwährungsinvestitionen sind abgesichert.

Zinsrisiko

Das Zinsrisiko entsteht dadurch, dass sich die Marktwertveränderungen aller zinsensitiven Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nicht gegenläufig ausgleichen. Unter dem Zinsrisiko versteht man in der privaten Krankenversicherung (PKV) darüber hinaus die Gefahr, dass die erzielten Kapitalanlageerträge nicht ausreichen, um die notwendige rechnungsmäßige Verzinsung der Deckungsrückstellung zu erbringen.

Durch langfristige Kapitalanlagen und bestehende Sicherheitsmittel ist das Unternehmen in der Lage, die Verpflichtungen gegenüber seinen Kunden sicherzustellen.

Die aktive Steuerung der Durationsbreiten im Rahmen des Asset-Liability-Managements (ALM) zielt darauf ab, das Zinsrisiko zu reduzieren.

Aufgrund der zentralen Bedeutung des Zinsniveaus haben mögliche Veränderungen der Zinsstrukturkurve einen signifikanten Einfluss auf das Risikoprofil des Unternehmens. Im aktuellen Zinsumfeld ist für das Unternehmen das Zinsanstiegsrisiko maßgeblich.

Unterstellt man im Bereich der Zinsträger zum Bilanzstichtag eine Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben, führt dies zu einer Verminderung des Zeitwerts um 376,2 Mio. Euro. Da es sich um zinsinduzierte Veränderungen handelt, resultieren keine Auswirkungen auf das Ergebnis. Die verfügbaren Maßnahmen und Mittel reichen aus, um die handelsrechtliche Auswirkung des Szenarios zu kompensieren.

Spreadrisiko

Das Spreadrisiko ergibt sich aus dem Volumen und der Art der festverzinslichen Wertpapiere, der Bonität der Emittenten sowie der zugrunde liegenden Duration. Die Volatilität der Credit Spreads gegenüber dem risikolosen Zins und die daraus resultierenden Veränderungen der Marktwerte der Kapitalanlagen stellen das Spreadrisiko dar.

Die Kreditqualität des Bestands an Zinsträgern zeigt sich daran, dass zum Stichtag 85 Prozent der Zinsträger mit einer Bonitätsbeurteilung im Investmentgrade-Bereich bewertet wurden.

Die Aufteilung nach Bonitätsstufen stellt sich im Unternehmen für den jeweiligen Kapitalanlagebestand (Gesamtbestand, volumengewichtet) an Zinsträgern nach Zeitwerten wie folgt dar:

85 %

des Zinsträgerbestands haben eine sehr gute bis gute Bonität

Zinsträger	Anteile der Bonitätsstufen in Prozent			
	AAA/AA	A/BBB	BB/B	CCC/D/NR
Staatsanleihen und -darlehen	95,6	3,0	1,4	–
Unternehmensanleihen	6,5	69,8	17,1	6,6
Pfandbriefe/Covered Bonds	97,4	2,6	–	–
Sonstige Zinsträger	3,0	47,0	–	50,0
Gesamtbestand	44,2	40,5	9,5	5,8

Die Diversifikation der Kapitalanlage ist darauf ausgerichtet, die Einhaltung der internen Vorgaben bezüglich Mischung und Streuung sicherzustellen. Die Exponierung in Spreadrisiken von indirekt gehaltenen Zinsträgern wird durch die externen Asset-Manager überwacht. Bei Identifikation von negativen Entwicklungen werden entsprechende Handlungsmaßnahmen umgesetzt.

Aktienrisiko

Das Aktienrisiko umfasst die Schwankungen an Aktien- und Finanzmärkten (Beteiligungen, Private Equity, Hedgefonds, Aktienfonds, Rohstoffe und andere alternative Kapitalanlagen).

Zur Minderung des Aktienrisikos sowie zur Verbesserung des Risiko-Ertrags-Verhältnisses der Aktienanlagen werden systematische Risikosteuerungsstrategien eingesetzt. Im Rahmen der Anlageplanung werden Zielquoten sowie zulässige Bandbreiten für die Aktienanlagen festgelegt. Die operative Steuerung erfolgt mittels Derivaten, das heißt Futures und Optionen (jeweils Long- und Shortpositionen) auf Aktienindizes, entsprechend dem zugrunde liegenden Aktienbestand.

Ein unterstelltes Szenario mit einem wesentlichen Rückgang der Aktienkurse und Beteiligungszeitwerte würde zu einer Verminderung der Zeitwerte um 164,5 Mio. Euro führen. Die verfügbaren Maßnahmen und Mittel reichen aus, um die handelsrechtliche Auswirkung des Szenarios zu kompensieren.

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko beschreibt die Gefahr eines Marktwertrückgangs für Immobilien. Für die Bestimmung wird die Volatilität am Immobilienmarkt betrachtet und die Risikohöhe festgestellt. Die wesentlichen Kenngrößen werden jährlich ermittelt und analysiert.

Das Immobilienrisiko soll durch laufende Überwachung und ein aktives Portfoliomanagement gemindert werden.

Wechselkursrisiko

Das Wechselkursrisiko beschreibt das aus zukünftigen Wechselkursentwicklungen resultierende Risiko hinsichtlich des beizulegenden Zeitwerts oder der künftigen Zahlungsströme eines monetären Finanzinstruments.

Das Wechselkursrisiko wird durch den Einsatz von Derivaten (Devisentermingeschäften) gemindert. Dabei werden Fremdwährungspositionen in wesentlichen Teilportfolios abgesichert. Das nicht abgesicherte Fremdwährungsrisiko ist auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Werden zur Absicherung des Wechselkursrisikos in der Direktanlage in Fremdwährung getätigte Geschäfte mit Devisentermingeschäften gesichert, wird die ökonomische Sicherungsbeziehung durch Bildung von Bewertungseinheiten im Rahmen von Micro-Hedges bilanziell nachvollzogen. Abgesichert werden jeweils nahezu 100,0 Prozent des Buchwerts der Investition in Fremdwährung. Infolge der betragskongruenten Sicherung ist von einer gegenläufigen Wertänderung von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument auszugehen.

Konzentrationsrisiko

Die Kapitalanlage des Unternehmens muss sowohl zwischen den Anlageklassen als auch innerhalb derselben ein Mindestmaß an Diversifikation aufweisen, um eine übermäßige Anlagekonzentration und die damit einhergehende Kumulierung von Risiken in den Portfolios zu vermeiden.

Es werden Limite in Bezug auf Anlageart, Emittenten und regionale Konzentrationen in internen Leit- und Richtlinien festgelegt und deren Einhaltung wird laufend überwacht. Das Konzentrationsrisiko wird dadurch gemindert und ist dementsprechend auf Gesamtportfolioebene von untergeordneter Bedeutung.

Versicherungstechnisches Risiko aus der Krankenversicherung

Das versicherungstechnische Risiko aus der Krankenversicherung setzt sich aus dem versicherungstechnischen Risiko der Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung, dem versicherungstechnischen Risiko der Krankenversicherung nach Art der Nichtlebensversicherung und dem Katastrophenrisiko zusammen, wobei das Katastrophenrisiko nur eine untergeordnete Rolle spielt.

Krankenversicherungsverträge werden auf der Basis von fest vereinbarten Leistungszusagen im Krankheitsfall kalkuliert. In die Kalkulation fließen dazu verschiedene Rechnungsgrundlagen ein, wie zum Beispiel der Rechnungszins oder Annahmen über künftige Schadenentwicklungen, die Lebenserwartung, die erwartete durchschnittliche Vertragsdauer und die erforderlichen Betriebskosten. Die versicherungstechnischen Risiken resultieren daher aus Abweichungen der tatsächlichen Werte dieser Größen zu den kalkulierten.

Bei der Tarifikalkulation sowie bei der Dotierung der Schadenreserve werden Inflationsentwicklungen angemessen berücksichtigt und bei Bedarf an die aktuellen Gegebenheiten angepasst (Beitragsanpassungsklausel).

Die weitgehenden Lockerungen der Coronabeschränkungen führten im Geschäftsjahr 2022 zu einer Normalisierung der Leistungsanspruchnahme und damit zu wie erwartet steigenden Schadenaufwendungen.

Versicherungstechnisches Risiko aus der Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung

Das versicherungstechnische Risiko der Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung setzt sich bei dem Unternehmen insbesondere aus dem Krankheits-/Invaliditätsrisiko, dem Sterblichkeitsrisiko, dem Storno- sowie dem Kostenrisiko zusammen.

Um den versicherungstechnischen Risiken der Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung zu begegnen, werden bereits bei der Tarifikalkulation angemessene Sicherheiten einkalkuliert. Zudem werden die Risiken durch gezielte Risikoselektion im Rahmen der Annahmepolitik weiter eingegrenzt. Darüber hinaus werden die Rechnungsgrundlagen aufgrund der gesetzlichen Vorgaben jedes Jahr überprüft und bei Bedarf an die aktuellen Gegebenheiten angepasst (Beitragsanpassungsklausel).

Versicherungstechnisches Risiko aus der Krankenversicherung nach Art der Nichtlebensversicherung

Das versicherungstechnische Risiko der Krankenversicherung nach Art der Nichtlebensversicherung setzt sich aus dem Prämien- und Reserverisiko sowie dem Stornorisiko zusammen.

Um diesen Risiken der Krankenversicherung zu begegnen, werden analog zur Krankenversicherung nach Art der Lebensversicherung sowohl bei der Tarifikalkulation als auch bei der Dotierung der Schadenreserve angemessene Sicherheiten einkalkuliert. Zudem werden die Risiken durch gezielte Risikoselektion im Rahmen der Annahmepolitik weiter eingegrenzt.

Katastrophenrisiko Krankenversicherung

Das Katastrophenrisiko besteht im Eintritt einer hohen Anzahl von Einzel- oder Kumulschäden. In der Krankenversicherung setzt sich das Katastrophenrisiko aus den Risiken Massenunfall, Unfallkonzentration und Pandemie zusammen, wobei das Pandemierisiko das größte Risiko darstellt.

Die Coronavirus-Pandemie führte in den Jahren 2020 und 2021 zu einem moderaten unterplanmäßigen Schadenverlauf. Während das Unternehmen im Jahr 2022 eine Rückkehr zur normalen Leistungsanspruchnahme beobachtete, waren bisher keine überplanmäßigen Ausgabensteigerungen aufgrund aufgeschobener Behandlungen, unerkannter Krankheiten sowie Langzeitfolgen zu beobachten. Durch eine angemessene Dotierung der Schadenreserve berücksichtigt das Unternehmen alle beobachteten und im Geschäftsjahr erwarteten Schadenentwicklungen.

Konzentrationsrisiken werden prinzipiell durch Risikostreuung begrenzt. Darüber hinaus wird durch regelmäßige Überwachung und Analyse des Versicherungsbestands auf Basis spezifischer Kenngrößen und Schwellenwerte versucht, die Entstehung von Risikokonzentrationen zu vermeiden.

Gegenparteiausfallrisiko

Das Gegenparteiausfallrisiko bezeichnet das Risiko von Verlusten aufgrund von unerwarteten Ausfällen oder Verschlechterungen der Bonität von Banken, Rückversicherern, Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern.

Die Einlagen bei Banken setzen sich aus laufenden Bankguthaben, kurzfristigen Tages- und Termingeldern im Direktbestand sowie Kassenbeständen in den Fondsvermögen zusammen. Diese Vermögen sind hochliquide und kurzfristig verfügbar. Der Bestand an Derivaten wird überwiegend in den Fonds gehalten. Die Gegenparteien sind Banken mit guter Bonität.

Zum Stichtag bestanden in geringem Umfang Exponierungen gegenüber Rückversicherern.

Die fälligen wertberichtigten Ansprüche gegenüber Versicherungsnehmern und -vermittlern beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 15,1 Mio. Euro. Nach Wertberichtigung beliefen sich die Forderungen, die älter als 90 Tage waren, auf 11,5 Mio. Euro. Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen gegenüber Kunden und Vermittlern wurden zur Risikovorsorge um eine Pauschalwertberichtigung vermindert.

Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern: Durchschnittlich wurden in den vergangenen drei Jahren 84,1 Prozent der zum Bilanzstichtag bestehenden Forderungen pauschal wertberichtigt. Diese Ausfallquote ergibt sich im Wesentlichen aus Außenständen gegenüber Versicherungsnehmern, die zum Bilanzstichtag im Notlagentarif versichert sind und deren Vollversicherungsverträge aufgrund der gesetzlichen Versicherungspflicht nicht gekündigt werden können. Ungeachtet dessen unterliegt der Versicherer einer Leistungspflicht. Dieses

Risiko wird durch geeignete Bonitätsprüfungen im Rahmen der Vertragsannahme sowie durch geeignete Maßnahmen im Mahnverfahren im Rahmen der Bestandsbearbeitung reduziert.

Der Vertrieb von Versicherungsprodukten durch Vermittler ist für das Unternehmen von entscheidender Bedeutung für den wirtschaftlichen Erfolg. Um das Forderungsausfallrisiko gegenüber Vermittlern gering zu halten, kommt der Auswahl sowie der laufenden Überprüfung der Vermittler eine besondere Aufmerksamkeit zu.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, dass ein Unternehmen aufgrund von mangelnder Liquidität beziehungsweise Fungibilität von Assets nicht in der Lage ist, seinen finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nachzukommen.

Das Liquiditätsmanagement des Unternehmens ist darauf ausgerichtet, allen finanziellen Verpflichtungen jederzeit und dauerhaft nachkommen zu können. Die Planung unterliegt regelmäßigen Analysen der Soll-Ist-Abweichung und wird turnusmäßig aktualisiert. Unter einer angemessenen Reserve für Liquiditätsengpässe wird das Vorhandensein ausreichender liquider Vermögenswerte verstanden, die zur Bedienung von kurzfristig schwankenden Zahlungsverpflichtungen vorzuhalten sind.

Aufgrund der für den gesamten Planungszeitraum prognostizierten jährlichen Liquiditätsüberschüsse und der hohen Fungibilität der Wertpapierbestände soll gewährleistet werden, dass sämtliche Verbindlichkeiten, insbesondere gegenüber allen Versicherungsnehmern, jederzeit erfüllt werden können. Die strategische Asset-Allocation gibt Mindestanforderungen an die Liquidität von einzelnen Assetklassen vor.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko kann durch menschliches, technisches, prozessuales oder organisatorisches Versagen oder aufgrund von externen Einflüssen hervorgerufen werden. Es umfasst insbesondere Risiken in den Bereichen Informationsverarbeitung, Personal, Recht sowie Betrugsfälle, jedoch nicht strategische oder Reputationsrisiken. Zur Strukturierung der operationellen Risiken verwendet das Unternehmen die Kategorisierung des Operational Risk Insurance Consortium (ORIC).

Durch die Implementierung eines wirksamen und funktionsfähigen Internen Kontrollsystems (IKS) sowie dessen planmäßige Überwachung durch die Interne Revision wird operationellen Risiken entgegengewirkt.

Zum Schutz gegen den Ausfall von Datenverarbeitungssystemen sowie zur Gewährleistung der Informationssicherheit und der kontinuierlichen technischen Weiterentwicklung hat das Unternehmen zahlreiche technische und organisatorische Maßnahmen zur Risikominimierung getroffen, unter anderen die IT-Compliance und IT-Governance, Awareness-Kampagnen sowie ständige Sicherheits- und Qualitätsprüfungen durch interne und externe Spezialisten. Regelmäßig getestete Notfallkonzepte können im Bedarfsfall abgerufen werden und beschränken damit gezielt das Risiko aus möglichen technischen Störungen oder sonstigen Ausfällen.

Das ganzheitliche Business-Continuity-Managementsystem (BCM) des Unternehmens, das auch das Notfall- und Krisenmanagement umfasst, dient der Sicherung der Betriebsfortführung. Die zentrale BCM-Koordinationsfunktion wird von Vertretern aus allen Ressorts in fachlichen Themenstellungen unterstützt und berichtet an entscheidungsrelevante Gremien über wesentliche risikorelevante Feststellungen sowie über die durchgeführten Übungen und Tests.

Personalrisiken, die beispielsweise aus Fluktuation oder Motivationsverlust bei Mitarbeitern resultieren können, wird durch strategische Personalplanung, regelmäßige Mitarbeitergespräche, personelle Förderungs- und Fortbildungsprogramme, flexible Arbeitszeitgestaltung oder betriebliches Gesundheitsmanagement entgegengewirkt.

Um rechtliche Risiken, die aus gesetzlichen oder vertraglichen Rahmenbedingungen entstehen können, zu minimieren und um frühzeitig reagieren zu können, beobachten die juristischen Abteilungen des Unternehmens laufend neue Regelungen und Gesetzesentwürfe.

Betrugsrisiken beschränkt das Unternehmen durch umfangreiche Überwachungs-, Sicherheits- und Regulierungsmaßnahmen. Der Bereich Compliance sowie die Geldwäsche-funktion tragen unter anderem dazu bei, potenziell auftretende Betrugsrisiken frühzeitig identifizieren und vermeiden zu können.

In der Krankenversicherung können Klagen gegen Beitragsanpassungen zu einem Risiko für das Unternehmen führen. Im Jahr 2022 waren die potenzielle Unwirksamkeit von Beitragsanpassungen aufgrund unzureichender Begründung sowie die Wirksamkeit der sogenannten „Kann-Anpassungsklausel“ (Beitragsanpassungsklausel bei tariflich vereinbarten Schwellenwerten zu Versicherungsleistungen unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen 10 Prozent) wichtige Themen für die PKV.

Das Unternehmen beobachtet die laufenden Gerichtsverfahren und Entwicklungen zu diesen beiden Sachverhalten genau und schätzt die Risikosituation wie folgt ein:

- › Die Begründungen der Beitragsanpassungen durch das Unternehmen sind ausreichend, transparent und verständlich. Aktuelle Gerichtsurteile, zum Beispiel des OLG München vom 8. Oktober 2021, des OLG Frankfurt am Main vom 1. Juni 2022, des OLG Hamm vom 22. Juni 2022, des OLG Stuttgart vom 30. Juni 2022 und des OLG Bamberg vom 7. Juli 2022, bestätigen diese Einschätzung.
- › Jede Entscheidung des Unternehmens hinsichtlich einer Anpassung auf Basis der „Kann-Anpassungsklausel“ ist mit dem unabhängigen mathematischen Treuhänder abgestimmt, inhaltlich begründet und nachvollziehbar dokumentiert. Im Übrigen hält der BGH die Anpassungsklausel in § 8b Abs. 1 MB/KK für wirksam (BGH, Urteil vom 22. Juni 2022).
- › Die aktuelle Rechtsprechung des BGH bestätigt die Position der Branche hinsichtlich der Beschränkung der regelmäßigen Verjährungsfrist von etwaigen Rückforderungsansprüchen nach einer Prämienanpassung auf drei Jahre.

Das Unternehmen sieht daher aktuell kein wesentliches Risiko in diesem Zusammenhang.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko spiegelt sich darin wider, dass strategische Geschäftsentscheidungen oder ihre unzureichende Umsetzung negative Folgen für die gegenwärtige oder zukünftige Geschäftsentwicklung eines Unternehmens haben können. Ein strategisches Risiko kann sich auch daraus ergeben, dass Geschäftsentscheidungen einem geänderten Wirtschafts- oder Kundenumfeld nicht angepasst werden. Die Risikostrategie des Unternehmens soll dazu beitragen, dass die Organisation in einem dynamischen Umfeld trotz möglicher Risiken gewinnbringend handeln kann.

Das Unternehmen überprüft jährlich seine Risikostrategie und passt die Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Eines der langfristig größten strategischen Risiken für die private Krankenversicherung (PKV) stellen die Einführung einer „Bürgerversicherung“ und der damit verbundene Wegfall des Neugeschäfts der privaten Krankheitskostenvollversicherung dar.

Zwar ist die „Bürgerversicherung“ nicht Gegenstand des aktuellen Koalitionsvertrags und damit das Risiko einer Einführung in dieser Legislaturperiode vernachlässigbar, aber um der Einführung einer „Bürgerversicherung“ längerfristig entgegenzuwirken, werden die Vorteile des dualen Gesundheitssystems transparent gemacht. Ziel ist es, das duale System als wesentlichen Garanten für die hohe Qualität des deutschen Gesundheitswesens zu erhalten, durch zielgerichtete Reformen weiterzuentwickeln und damit auch den Weiterbestand der PKV-Vollversicherung zu sichern. Darüber hinaus begegnet das Unternehmen dem Risiko der Einführung einer „Bürgerversicherung“ durch Diversifikation und Ausbau der Kerngeschäftsfelder, die von der Einführung einer „Bürgerversicherung“ nicht betroffen wären. Um die werthaltigen Vollversicherungsbestände gegenüber der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und gegenüber den Mitbewerbern zu sichern, wurden außerdem gezielte Maßnahmen zur Erhöhung der Kundenzufriedenheit umgesetzt. Um dem Risiko einer geringeren Kostentragfähigkeit infolge des Bestandsabriebs zu begegnen, wurden Maßnahmen zur Erhöhung der Kostenelastizität entwickelt.

Die aktuelle Bundesregierung hat sich die Reform der sozialen Pflegeversicherung im Koalitionsvertrag vorgenommen und will bis zum Frühjahr 2023 ein Konzept vorlegen. Die Folgen einer daraus abgeleiteten etwaigen Reform der sozialen Pflegepflichtversicherung für die private Pflegepflicht- und Pflegeergänzungsversicherung hängen sehr stark von der Ausgestaltung der Reform ab. Das Unternehmen beobachtet die weitere politische Entwicklung und beteiligt sich, unter anderem gemeinsam mit dem PKV-Verband, an der politischen Diskussion, um eine generationengerechte Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu erreichen.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist jenes Risiko, das sich aufgrund einer möglichen Beschädigung des Rufs des Unternehmens infolge einer negativen Wahrnehmung in der Öffentlichkeit ergibt. Für die Reputation des Unternehmens ist jeder Kontakt der Mitarbeiter, der Führungskräfte und der Vorstandsmitglieder zu Kunden, Vertriebspartnern, Eigentümern sowie zur gesamten Öffentlichkeit wichtig.

Die Analyse des Risikos wird anhand eines Szenarioansatzes in Zusammenarbeit zwischen dem Konzernrisikocontrolling und der verantwortlichen Hauptabteilung Unternehmenskommunikation durchgeführt. Hier wird unterstellt, dass negative Ereignisse, die von der Presse oder den sozialen Medien aufgegriffen werden, zu einem Neugeschäftsrückgang führen könnten.

Optimale Beratung und Betreuung der Kunden durch Einhaltung des GDV-Verhaltenskodexes

Zur Sicherung der Reputation des Unternehmens sind in der Aufbau- und Ablauforganisation zahlreiche Prozesse und Aktivitäten verankert, wie beispielsweise die Einberufung eines Krisenstabs. In den für die jeweilige Situation einberufenen Arbeitsgruppen werden alle weiteren Maßnahmen und Aktivitäten festgelegt, um das Reputationsrisiko präventiv und reaktiv zu minimieren. Der Bereich Compliance trägt innerhalb des Konzerns Versicherungskammer unter anderem dazu bei, potenziell auftretende Reputationsrisiken aufgrund von Rechtsverstößen frühzeitig identifizieren und vermeiden zu können.

Zudem hat sich der Konzern Versicherungskammer zur Einhaltung des GDV-Verhaltenskodexes zur optimalen Beratung und Betreuung der Kunden sowohl durch die Unternehmen als auch durch die Vertriebspartner des Konzerns Versicherungskammer zu regelmäßigen Schulungen verpflichtet. Einen weiteren reputationsrelevanten Mehrwert für die Kunden liefert der Konzern Versicherungskammer durch den Beitritt zum Code of Conduct des GDV, der Verhaltensregeln für den Umgang mit Kundendaten in der Versicherungswirtschaft beinhaltet.

Im Rahmen des laufenden Risikomanagementprozesses wird das Reputationsrisiko regelmäßig überprüft.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, bestehende und absehbare Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu steuern. Durch die stetige Weiterentwicklung und Anpassung aller wesentlichen Prozesse, Systeme und Verfahren ist das Unternehmen auf die sich ändernden internen und externen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen auf die Risikolage vorbereitet.

Geopolitische Risiken im Zusammenhang mit der aktuellen Situation in der Ukraine sowie biopolitische Risiken in Verbindung mit möglichen Pandemien, Lockdowns, dem demografischen und klimatischen Wandel gehören zu den Themen, die das Unternehmen weiterhin kontinuierlich und fokussiert beobachten wird, um bei Bedarf rechtzeitig risikomindernde Maßnahmen zu ergreifen.

Die Zunahme von Homeoffice-Arbeitsplätzen als Folge der Coronavirus-Pandemie und die stetig fortschreitende Digitalisierung rücken Cyberrisiken in den Fokus der Risikobetrachtung des Unternehmens. Zudem gewinnen durch den gesellschaftlichen Wandel in Richtung Nachhaltigkeit ESG-Risiken also physische Risiken als Folge von Extremwetterereignissen, transitorische Risiken aus dem Übergang in eine kohlenstoffarme Wirtschaft sowie Greenwashing-Risiken aus irreführenden Anbieterinformationen zur ESG-Konformität von Produkten – zunehmend an Bedeutung. Bei der Steuerung dieser Nachhaltigkeitsrisiken besteht die Herausforderung für Unternehmen aktuell insbesondere darin, die Gewinnung erforderlicher, und vor allem valider, Daten zu optimieren.

Aus heutiger Sicht liegen keine Erkenntnisse über mögliche Risiken oder Gefahren vor, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden.

Die gemäß Solvency II geforderte Kapitalausstattung ist gegeben. Die Risikotragfähigkeit des Unternehmens für die aktuelle Risikosituation ist sichergestellt.

Kapitalausstattung nach Solvency II gegeben

Prognosebericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Weltwirtschaft bewegt sich derzeit in einem Umfeld sehr großer Unsicherheit. Entscheidend für die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2023 werden vor allem die Bewältigung der Energiekrise und der damit verbundenen Hochinflationenphase sowie der anhaltenden Lieferkettenproblematik sein. Maßgeblich hierfür sind zum einen die Dauer und die Folgen des Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine sowie der Coronavirus-Pandemie, zum anderen die Ergreifung wirksamer Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene.

Im Jahresverlauf 2022 gewannen Szenarien mit stagnierender oder sogar fallender Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zunehmend an Bedeutung. So prognostizierte das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in einer Pressemitteilung vom 14. Dezember 2022 für das Gesamtjahr 2023 aktuell einen geringfügigen Rückgang des deutschen Bruttoinlandsprodukts um 0,1 Prozent. Die Prognose geht dabei zunächst von einer Rezession der deutschen Wirtschaft im Winterhalbjahr 2022/2023 aus, gefolgt von einer Erholung ab dem Frühling 2023. Die Bundesregierung erwartet in ihrem im Januar 2023 vorgelegten Jahreswirtschaftsbericht eine ähnliche Entwicklung der deutschen Wirtschaft mit einer leichten Zunahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,2 Prozent.

Ein wesentlicher Faktor für die reduzierten Wachstumserwartungen sind die hohen Energie- und Rohstoffpreise, verstärkt durch zunehmende Zweitrundeneffekte auf dem Arbeitsmarkt, die die Produktionskosten der Unternehmen erhöhen. Diese dürften zunehmend an die Verbraucher weitergegeben werden.

Die gestiegenen Verbraucherpreise, für die auch im Jahr 2023 ein weiterer Anstieg zu erwarten ist, schwächen die Kaufkraft der privaten Haushalte. Hinzu kommt die krisenbedingte, eher abwartende Haltung der Verbraucher. Eine stützende Wirkung sollten die beschlossenen Entlastungspakete sowie die Strom- und Gaspreisbremse, aber auch der weiterhin robuste Arbeitsmarkt haben.

Die Impulse aus dem Außenhandel dürften im Jahr 2023 für die exportorientierte deutsche Wirtschaft eher gering sein. Einen positiven Lichtblick dürfte das Nachlassen der Störungen in den Lieferketten darstellen.

Vor dem Hintergrund der weiterhin hohen Inflationserwartungen ist im Jahr 2023 mit weiteren Leitzinserhöhungen im Euroraum und in den USA zu rechnen. Dies wird sich in steigenden Finanzierungskosten für Unternehmen und Verbraucher widerspiegeln. Für die weltweiten Aktienmärkte wird mit moderaten Kursgewinnen gerechnet, die sich aufgrund des voraussichtlichen Ausbleibens einer schweren Rezession positiver als noch vor Kurzem angenommen entwickeln dürften.

Branchenentwicklung

Ein Großteil der Versicherungsnachfrage in Deutschland entfällt auf die privaten Haushalte. Deren Kaufkraft sinkt zwar durch die inflatorische Entwicklung, gleichzeitig bleibt der Bedarf an Risikoversicherung bestehen. In Teilbereichen verstärkt die demografische Entwicklung den Absicherungsbedarf noch, zum Beispiel aufgrund wachsender Lücken in der Altersversorgung. Insgesamt dürfte die deutsche Versicherungswirtschaft nach dem leichten Beitragsrückgang im aktuellen Geschäftsjahr im Jahr 2023 ein moderates Beitragswachstum von rund 3,0 Prozent zeigen (Jahresmedienkonferenz am 26. Januar 2023, GDV).

Die Geschäftsentwicklung in der privaten Kranken- und Pflegeversicherung ist maßgeblich von den politischen Rahmenbedingungen, den Entwicklungen im Gesundheits- und Pflegemarkt, der demografischen Entwicklung sowie von der wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte geprägt.

Für das Jahr 2023 ist über alle Bereiche der privaten Kranken- und Pflegeversicherung ein moderates Beitragswachstum zu erwarten. Dabei führen die weiter gestiegenen Leistungsausgaben, verstärkt durch die inflatorische Entwicklung, zu einem Anpassungsbedarf in einigen Tarifen. Gegenläufig wird sich in der Beitragsentwicklung der Wegfall des Coronazuschlags in der Pflegeversicherung auswirken, der der Finanzierung der gesetzlich vorgeschriebenen Mehrausgaben zur Bewältigung der Coronavirus-Pandemie diente. Dieser Zuschlag war auf das Jahr 2022 befristet.

Die Unsicherheit sowie der reale Kaufkraftverlust der privaten Haushalte könnten sich zwar dämpfend auf den Abschluss von Zusatzversicherungen auswirken. Generell sollte der seit Jahren beobachtete Trend zu mehr privater Vorsorge jedoch anhalten – als Ergänzung bzw. Verbesserung des Leistungsumfanges der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Auch die Coronavirus-Pandemie dürfte zu einem gesteigerten Bewusstsein für die Bedeutung von Gesundheit und Arbeitskraft geführt haben. Zudem steigt durch die Inflation der Absicherungsbedarf, insbesondere in der Pflegeversicherung.

Daneben besteht weiterhin ein großes Potenzial im Bereich der betrieblichen Krankenversicherung, die ein zusätzliches Angebot zur Mitarbeitergewinnung und -bindung im Wettbewerb um Fachkräfte darstellt.

Unternehmensentwicklung¹

Für das Geschäftsjahr 2023 geht die Gesellschaft von einem positiven Verlauf sowohl beim Ausbau des Geschäftsvolumens als auch beim Ergebnis aus.

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG erwartet für das Jahr 2023 hinsichtlich der gebuchten Bruttobeiträge einen leichten Anstieg. Durch das erwartete Neugeschäft und notwendige Beitragsanpassungen trägt insbesondere die Krankheitskostenvollversicherung zum Wachstum bei. Gegenläufig wirkt der Wegfall des befristeten Corona Zuschlags in der Pflegeversicherung. Daher wird das Wachstum deutlich geringer als im Jahr 2022 ausfallen.

Nachdem die Lockerungen der Corona-Beschränkungen im Geschäftsjahr 2022 zu einer Normalisierung der Leistungsanspruchnahme und damit zu um 6,7 Prozent steigenden

[Positiver Ausblick für das Geschäftsjahr 2023](#)

¹ Die bedeutsamsten für die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG zur Unternehmenssteuerung herangezogenen Leistungsindikatoren sind die gebuchten Bruttobeiträge, die Aufwendungen für Versicherungsfälle und Versicherungsbetrieb, das Kapitalanlageergebnis sowie der Jahresüberschuss.

Schadenaufwendungen geführt hat, wird sich dieser Effekt in 2023 in etwa der gleichen Höhe fortsetzen. Die jährliche Kostensteigerung im Gesundheitswesen wird aufgrund der vorherrschenden Inflation merklich höher als im langjährigen Mittel ausfallen. In Summe werden die Aufwendungen für Versicherungsfälle ähnlich wie im Jahr 2022 ansteigen.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb werden leicht über dem Niveau des Jahres 2022 liegen. Die Abschlusskostenquote und die Verwaltungskostenquote werden in Summe leicht ansteigen.

Für das Unternehmensziel Kundenzufriedenheit nach der KUBUS-Studie von MSR Insights wird weiterhin eine positive Entwicklung angestrebt. Die KUBUS-Kennzahlen sollen sich gegenüber dem Vorjahr absolut, d.h. in Punkten und relativ, d.h. gegenüber dem Wettbewerb, verbessern.

Der Zinsanstieg wird sich auch im Jahr 2023 fortsetzen. Die Bayerische Beamtenkrankenkasse ist auf diese Situation vorbereitet. Sie wird ihre sicherheitsorientierte Anlagepolitik fortführen und geht von einem moderat steigenden Ergebnis aus der Kapitalanlage aus.

Bei einer rückläufigen Überschussverwendungsquote wird der Jahresüberschuss 2023 deutlich über dem Niveau des Geschäftsjahres 2022 liegen. Der Bilanzgewinn wird voraussichtlich leicht über dem Niveau des Jahres 2022 liegen.

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen

Der vorliegende Prognosebericht enthält Einschätzungen für die künftige Entwicklung des Unternehmens, die auf Basis von Planungen, Prognosen und der vorsichtigen Abwägung aller bekannten Chancen und Risiken gemacht werden können. Aufgrund unbekannter Risiken, Ungewissheiten und Unsicherheiten handelt es sich um Annahmen, die so nicht eintreten oder nicht vollständig eintreffen müssen. Die Gesellschaft kann für die getroffenen Prognosen keine Haftung übernehmen und verpflichtet sich gleichzeitig nicht, diese an die tatsächlich eintretenden Einflüsse anzupassen oder zu aktualisieren.

Nichtfinanzielle Erklärung

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG ist nach §289b Absatz 2 Satz 1 HGB von der Pflicht zur Erstellung einer nichtfinanziellen Erklärung befreit, da sie in den Konzernlagebericht ihres Mutterunternehmens, der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, einbezogen ist und dieser Konzernlagebericht eine nichtfinanzielle Erklärung enthält. Der Konzernlagebericht ist in deutscher Sprache unter www.vkb.de veröffentlicht.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §289f Abs. 4 HGB

Als im Aufsichtsrat mitbestimmtes Unternehmen ist die Gesellschaft aktienrechtlich verpflichtet, Zielgrößen für den Frauenanteil und Fristen für deren Erreichung im Aufsichtsrat und im Vorstand sowie in den beiden obersten Führungsebenen unterhalb des Vorstands festzulegen.

Die zuletzt im Jahr 2017 von Vorstand und Aufsichtsrat beschlossenen Zielgrößen sollten bis zum 30. Juni 2022 erreicht werden. Die folgende Übersicht zeigt die festgelegten Ziele und die erreichten Quoten am 30. Juni 2022 auf:

Erklärung zur Unternehmensführung gem. §289f HGB

	Zielfestlegung zum 30.06.2022	Ist-Quote am 30.06.2022	Erläuterung
	%	%	
Vorstand	30,0	66,6	Zielgröße wurde übertroffen
Aufsichtsrat	13,3	13,3	Zielgröße wurde erreicht
Erste Führungsebene unterhalb Vorstand	30,0	44,4	Zielgröße wurde übertroffen
Zweite Führungsebene unterhalb Vorstand	30,0	33,3	Zielgröße wurde übertroffen

Nach Ablauf der zuletzt festgelegten Frist für die Erreichung von Zielgrößen für den Frauenanteil am 30. Juni 2022 haben der Vorstand und der Aufsichtsrat neue, bis zum 30. Juni 2027 zu erreichende Zielgrößen beschlossen:

Erklärung zur Unternehmensführung gem. § 289f HGB

	Zielfestlegung zum 30.06.2027
	%
Vorstand	33,3
Aufsichtsrat	13,3
Erste Führungsebene unterhalb Vorstand	33,3
Zweite Führungsebene unterhalb Vorstand	30,6

Die gezielte und langfristige Förderung und Bindung qualifizierter Mitarbeiter und Talente sowie die Gewinnung von Nachwuchstalente hat im Konzern Versicherungskammer einen hohen Stellenwert.

Neben einem vielfältigen Aus- und Weiterbildungsprogramm und einer familienbewussten Personalpolitik wurde Diversity als Management-Führungsinstrument etabliert und in das Zielsystem des Konzerns Versicherungskammer integriert. Zum Diversity-Programm gehören auch die gleichberechtigte und leistungsbezogene Förderung von Frauen in qualifizierten Fach- und Führungsfunktionen sowie die Vereinbarkeit individueller Lebensentwürfe mit den beruflichen Erfordernissen, beispielsweise mit dem Jobsharing von Führungskräften in Teilzeit.

Diese Maßnahmen fördern die für eine erfolgreiche Unternehmensentwicklung bedeutsame, auf Vielfältigkeit ausgerichtete Stellenbesetzung und unterstützen damit auch unser Bestreben, Frauen leistungsgerecht die Teilhabe an Führungspositionen verstärkt zu eröffnen.

Definitionen

Abschlusskostenquote (brutto)

Die Abschlusskostenquote (brutto) ist im Geschäftsfeld der Lebensversicherung das Verhältnis der Abschlussaufwendungen (brutto) zur Beitragssumme des Neugeschäfts. Im Geschäftsfeld der Krankenversicherung ist die Abschlusskostenquote (brutto) das Verhältnis der Abschlussaufwendungen (brutto) zu den verdienten Bruttobeiträgen.

Brutto/Netto

„Brutto“ bedeutet vor Abzug der Rückversicherungsanteile und „netto“ nach Abzug der Rückversicherungsanteile, auch „für eigene Rechnung“ genannt.

Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote errechnet sich aus dem Verhältnis von Eigenkapital zu verdienten Bruttobeiträgen.

Laufende Durchschnittsverzinsung nach Verbandsformel

Die laufende Durchschnittsverzinsung beinhaltet die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich der laufenden Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und am 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

Nettoverzinsung

Die Nettoverzinsung beinhaltet alle Erträge aus Kapitalanlagen abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen und setzt diese ins Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen am 1. Januar und am 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres.

RfB-Quote

Die RfB-Quote ergibt sich aus dem Verhältnis der Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) zu den verdienten Bruttobeiträgen. Sie bringt zum Ausdruck, in welchem Umfang die Unternehmen zusätzliche Mittel für Beitragsentlastungen in der Zukunft zur Verfügung haben.

Rohüberschuss

Der Rohüberschuss ist das Jahresergebnis (Jahresüberschuss) nach Steuern zuzüglich der Bruttoaufwendungen für erfolgsabhängige Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) und zuzüglich der im Geschäftsjahr gewährten Direktgutschriften.

Schadenquote

Die Schadenquote ist der in Prozent ausgewiesene Anteil der Aufwendungen für Versicherungsfälle an den verdienten Beiträgen.

Überschussverwendungsquote

Die Überschussverwendungsquote errechnet sich aus dem Verhältnis des verwendeten Überschusses zum Rohergebnis nach Steuern.

Versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote

Die versicherungsgeschäftliche Ergebnisquote errechnet sich aus dem Verhältnis des versicherungsgeschäftlichen Ergebnisses zu den verdienten Bruttobeiträgen. Sie gibt an, wie viel von den Jahresbeitragseinnahmen nach Abzug der Aufwendungen übrig bleibt.

Verwaltungskostenquote (brutto)

Die Verwaltungskostenquote (brutto) ist das Verhältnis der Aufwendungen für die Verwaltung von Versicherungsverträgen (brutto) zu den verdienten Beiträgen (brutto).

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Einzel-Krankheitskostenvollversicherung

Ambulant und stationär

Einzel-Krankentagegeldversicherung

Krankentagegeldversicherung

Selbstständige

Einzel-Krankenhaustagegeldversicherung

Sonstige selbstständige Einzel-Teilversicherung

Versicherung für eine Zusatzleistung im Todesfall

Sonstige Teilversicherung

Gruppen-Krankenversicherung

nach Einzel- und Sondertarifen

Gruppen-Krankheitskostenvollversicherung

ambulant und stationär

Gruppen-Krankentagegeldversicherung

Gruppen-Krankenhaustagegeldversicherung

Sonstige selbstständige Gruppen-Teilversicherung

Pflegepflichtversicherung

Pflegezusatzversicherung

Pflegezusatzversicherung (Einzel- und Gruppe)

Ergänzende Pflegezusatzversicherung

Geförderte Pflegevorsorgeversicherung

Übrige und nicht aufgegliederte Krankenversicherung

Auslandsreise-Krankenversicherung

Firmenversicherung

betriebliche Krankenversicherung

Beihilfeablöseversicherung

Jahresabschluss

- › Bilanz zum 31. Dezember 2022 **39**
- › Gewinn- und Verlustrechnung für die
Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 **41**
- › Anhang **43**

12,6 Mrd. Euro

Kapitalanlage

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktivseite in €

	Geschäftsjahr		Vorjahr
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		117.035	225.158
		117.035	225.158
B. Kapitalanlagen			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		519.363.833	376.876.169
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	541.691.195		353.990.016
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	14.902.682		22.402.682
3. Beteiligungen	332.082.800		260.624.796
		888.676.677	637.017.494
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.011.113.017		4.830.849.171
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.776.635.089		1.374.287.482
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	2.418.656.164		2.697.470.938
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.008.338.253		2.231.344.636
c) übrige Ausleihungen	24.792.028		29.511.687
	4.451.786.445		4.958.327.261
		11.239.534.551	11.163.463.914
		12.647.575.061	12.177.357.577
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:			
1. Versicherungsnehmer	13.903.593		13.728.612
2. Versicherungsvermittler	1.184.938		1.148.260
davon: an verbundene Unternehmen: 29.335 (-) €			
		15.088.531	14.876.872
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		14.228	131.415
III. Sonstige Forderungen		13.427.551	7.716.239
davon: an verbundene Unternehmen: 1.567.369 (1.981.332) €			
		28.530.310	22.724.526
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		19.148.085	11.133.505
II. Andere Vermögensgegenstände		3.198.514	19.730.608
		22.346.599	30.864.113
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		95.953.172	101.318.430
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		310.041	92.797
		96.263.213	101.411.227
Summe der Aktiva		12.794.832.218	12.332.582.601

Ich bestätige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorchriftsmäßig sichergestellt sind.

München, den 1. Februar 2023

Der Treuhänder
Pöschl

Passivseite in €

	Geschäftsjahr		Vorjahr
A. Eigenkapital			
I. Eingefordertes Kapital			
Gezeichnetes Kapital	66.482.000		66.482.000
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-38.346.891		-38.346.891
		28.135.109	28.135.109
II. Kapitalrücklage		70.978.175	70.978.175
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	6.648.200		6.648.200
2. andere Gewinnrücklagen	104.914.161		100.910.161
		111.562.361	107.558.361
IV. Bilanzgewinn		21.320.000	18.496.000
		231.995.645	225.167.645
B. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge		10.353.214	9.663.661
II. Deckungsrückstellung		11.350.720.596	10.998.347.049
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		373.423.848	368.532.735
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
1. erfolgsabhängige	646.492.040		551.979.571
2. erfolgsunabhängige	4.240.264		4.284.656
		650.732.304	556.264.227
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungeng		292.000	269.000
		12.385.521.962	11.933.076.672
C. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		79.368.618	73.615.689
II. Steuerrückstellungen		32.284.281	38.300.000
III. Sonstige Rückstellungen		22.584.694	24.243.176
		134.237.593	136.158.865
D. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:			
1. Versicherungsnehmern	15.829.976		15.444.073
2. Versicherungsvermittlern	966.160		700.121
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 65.948 (53.329) €			
		16.796.136	16.144.194
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		93.041	93.125
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 93.041 (93.125) €			
III. Sonstige Verbindlichkeiten		25.964.358	21.757.743
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen: 17.904.503 (14.593.382) €			
davon: aus Steuern: 765.348 (1.003.345) €			
		42.853.535	37.995.062
E. Rechnungsabgrenzungsposten		223.483	184.357
Summe der Passiva		12.794.832.218	12.332.582.601

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 156 Abs. 2 Nr. 1 VAG berechnet worden ist.

München, den 18. Januar 2023

Der verantwortliche Aktuar
Läuter-Lüttig

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Posten in €	Geschäftsjahr		Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	2.027.932.606		1.959.231.758
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-173.086		-285.738
	2.027.759.520		1.958.946.020
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-689.553		672.268
	-689.553		672.268
		2.027.069.967	1.959.618.288
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung		41.244.103	96.969.760
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen		27.791.080	24.331.833
davon: aus verbundenen Unternehmen: 7.949.181 (5.671.606) €			
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
davon: aus verbundenen Unternehmen: 903.025 (339.033) €			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	18.630.411		13.107.402
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	225.590.042		225.107.573
		244.220.453	238.214.975
c) Erträge aus Zuschreibungen		5.663.189	13.946.510
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		4.940.025	37.443.121
		282.614.747	313.936.439
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung		7.429.372	3.303.265
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	-1.533.925.672		-1.475.298.631
bb) Anteil der Rückversicherer	-63.788		338.605
		-1.533.989.460	-1.474.960.026
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		-5.075.511	33.046.361
		-1.539.064.971	-1.441.913.665
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
a) Deckungsrückstellung		-352.373.546	-445.335.605
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		-23.000	-269.000
		-352.396.546	-445.604.605
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			
a) erfolgsabhängige		-170.557.226	-233.184.230
b) erfolgsunabhängige		-2.656	-2.425.823
		-170.559.882	-235.610.053



Posten in €		Geschäftsjahr	Vorjahr
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	-120.822.567		-115.698.217
b) Verwaltungsaufwendungen	-39.131.726		-38.148.726
		-159.954.293	-153.846.943
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		13.573	18.200
		-159.940.720	-153.828.743
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		-13.698.143	-9.545.769
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		-26.245.513	-10.345.029
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-27.271.393	-1.719.032
		-67.215.049	-21.609.830
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		-16.935.796	-14.674.723
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		52.245.225	60.586.133
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		52.938.959	64.677.996
davon: aus der Währungsumrechnung: 3.373.748 (10.346.709) €			
2. Sonstige Aufwendungen		-68.985.814	-82.970.287
davon: aus der Währungsumrechnung: -7.051.909 (-645.773) €			
		-16.046.855	-18.292.291
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		36.198.370	42.293.842
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-21.131.606	-18.931.726
5. Sonstige Steuern		-750.764	-862.116
		-21.882.370	-19.793.842
6. Jahresüberschuss		14.316.000	22.500.000
7. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		11.008.000	-
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in andere Gewinnrücklagen		-4.004.000	-4.004.000
		-4.004.000	-4.004.000
9. Bilanzgewinn		21.320.000	18.496.000

Anhang

- › Angabe zur Identifikation **44**
- › Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden **44**
- › Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2022 **50**
- › Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva **51**
- › Erläuterungen zur Bilanz – Passiva **55**
- › Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung **57**
- › Sonstige Angaben **59**

21,3 Mio. Euro

Bilanzgewinn

Anhang

Angabe zur Identifikation

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft mit Firmensitz in der Maximilianstraße 53, 80530 München, wird im Handelsregister beim Amtsgericht München unter der Handelsregister-Nummer HRB 111650 geführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Rechnungslegungsvorschriften

Der Jahresabschluss wurde nach den Bestimmungen des HGB, des AktG und des VAG in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) in der aktuellen Fassung erstellt.

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit wurden die Einzelposten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung grundsätzlich in vollen Eurobeträgen ausgewiesen. Die Angaben im Anhang wurden vereinzelt auch gerundet auf volle Tsd. Euro dargestellt. Durch kaufmännische Rundungen können sich bei der Addition der Einzelwerte Abweichungen zu den andernorts angegebenen Summen und Werten ergeben.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden bei Zugang mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und linear über ihre betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer abgeschrieben.

Kapitalanlagen

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von planmäßigen Abschreibungen bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB sind Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorzunehmen (gemildertes Niederstwertprinzip).

Anteile an verbundenen Unternehmen, Ausleihungen an verbundene Unternehmen und Beteiligungen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB werden Abschreibungen außerplanmäßig bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen (gemildertes Niederstwertprinzip).

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden grundsätzlich gemäß § 341b Abs. 2 Halbsatz 2 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten beziehungsweise bei dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, sofern diese dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Sofern diese Kapitalanlagen dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, wurde gemäß § 341b Abs. 2 Halbsatz 1 HGB zu Anschaffungskosten beziehungsweise zum niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag (strenges Niederstwertprinzip) bewertet.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurden gemäß § 341b Abs. 2 Halbsatz 2 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren Wert (gemildertes Niederstwertprinzip) bewertet, da diese dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB über die Restlaufzeit.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie übrige Ausleihungen wurden gemäß § 341b Abs. 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bei Namenschuldverschreibungen wurde das Wahlrecht der Nennwertbilanzierung gemäß § 341c Abs. 1 HGB nicht angewendet. Die Amortisation der Differenz zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag erfolgte unter Anwendung der Effektivzinsmethode nach § 341c Abs. 3 HGB über die Restlaufzeit.

Wertaufholungsgebot und Zuschreibungen

Das Wertaufholungsgebot gemäß § 253 Abs. 5 HGB wurde beachtet.

Währungsumrechnung

Auf fremde Währung lautende Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurden gemäß § 256a Satz 1 HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umgerechnet. Bei Restlaufzeiten von einem Jahr oder weniger wurden gemäß § 256a Satz 2 HGB die §§ 253 Abs. 1 Satz 1 und 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB nicht angewendet.

Sicherungsgeschäfte

Devisentermingeschäfte sind entsprechend ihrer Zweckbestimmung Sicherungsgeschäfte und werden mit den gesicherten Geschäften zu Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB zusammengefasst. Zum Bilanzstichtag wurde für den wirksamen Teil der Bewertungseinheit die Einfrierungsmethode angewendet. Für den ineffektiven Teil wurde eine Drohverlustrückstellung in entsprechender Höhe gebildet.

Forderungen

Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft sowie **Sonstige Forderungen** wurden grundsätzlich zum Nennwert, vermindert um etwaige Wertberichtigungen, angesetzt. Wegen des allgemeinen Zahlungsausfallrisikos wurden bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft Pauschalwertberichtigungen nach Erfahrungswerten der Vorjahre gebildet.

Sonstige Vermögensgegenstände

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie **Andere Vermögensgegenstände** wurden grundsätzlich zum Nennwert angesetzt. Auf fremde Währung lautende Guthaben bei Kreditinstituten wurden gemäß § 265a S1. HGB zum Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag umgerechnet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen Beträge entfallen auf das aktuelle Geschäftsjahr und waren am Bilanzstichtag noch nicht fällig. Sie wurden mit Nominalbeträgen angesetzt.

Beitragsüberträge

Die **Beitragsüberträge** wurden für jeden Vertrag einzeln berechnet – entsprechend dem jeweiligen Beginn des Versicherungsjahres und der Zahlungsweise.

Deckungsrückstellung für das Geschäftsfeld Krankenversicherung

Unter der **Deckungsrückstellung** werden die Alterungsrückstellung, die Zusatzrückstellung und der gesetzliche Beitragszuschlag in der Krankenversicherung ausgewiesen. Die Deckungsrückstellung wird grundsätzlich einzelvertraglich nach versicherungsmathematischen Methoden ermittelt.

In der Krankenversicherung sehen die gesetzlichen Vorgaben für die meisten Tarife grundsätzlich einen konstanten Beitrag für die gesamte Versicherungsdauer vor. Da allgemein das Krankheitsrisiko mit dem Alter zunimmt, beinhaltet die Kalkulation der Beiträge in den ersten Versicherungsjahren eine Ansparung zum Aufbau der Alterungsrückstellung, die im späteren Verlauf der Versicherung zur Finanzierung der dann erwarteten höheren Krankheitskosten aufgezehrt wird. Dieser Spar- und Entsparevorgang hängt von verschiedenen Faktoren ab, z. B. vom Geschlecht, Eintrittsalter und Tarif.

Für vor dem 1. Januar 2009 abgeschlossene Verträge in der Krankheitskostenvollversicherung gilt, dass bei Ausscheiden aus der Versichertengemeinschaft durch Tod oder Sterblichkeit die einzelvertraglich gerechnete Alterungsrückstellung auf die verbleibende Versicherungsgemeinschaft übertragen wird.

Für ab dem 1. Januar 2009 abgeschlossene Verträge in der Krankheitskostenvollversicherung werden bei Verlassen der Versichertengemeinschaft durch Stornierung Teile der Alterungsrückstellung dem Versicherten mitgegeben und beim aufnehmenden Versicherer – es besteht Versicherungspflicht – dem Vertrag gutgeschrieben.

Beide Ausprägungen wurden bereits bei der Beitragskalkulation über verschiedene Ausscheidewahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Die Berechnung der Alterungsrückstellung erfolgt nach der prospektiven Methode, dabei werden für die Prämien- und Rückstellungsbeurteilung identische Rechnungsgrundlagen verwendet. Der Berechnung lagen ein Rechnungszins, eine Ausscheideordnung, Kopfschäden und weitere Größen zugrunde.

Der Rechnungszins lag tarifabhängig zwischen 1,5 und 3,5 Prozent.

Die sogenannte Ausscheideordnung (tarifspezifisch) enthält die Annahmen zu den alters- und geschlechtsspezifischen Sterblichkeits- und Stornowahrscheinlichkeiten.

Die Kopfschäden sind die auf einen Tarifversicherten entfallenden durchschnittlichen tarif-, alters- und zum Teil geschlechtsabhängigen Versicherungsleistungen ohne Regulierungsaufwendungen.

Die Beiträge enthielten einen Sicherheitszuschlag von mindestens 5 Prozent. Weitere Zuschläge innerhalb der Beitragskalkulation wurden insbesondere für Abschlusskosten, Schadenregulierungsaufwendungen und Verwaltungskosten eingerechnet.

Für die Bestimmung der Rechnungsgrundlagen wurden interne und, sofern die Verwendung interner Werte nicht möglich oder nicht ausreichend war, externe Quellen genutzt. So wurden für die Sterbewahrscheinlichkeiten die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) veröffentlichten Werte verwendet. Den Stornowahrscheinlichkeiten lagen unternehmenseigene Untersuchungen zugrunde.

Die Beitragskalkulation und die Rückstellungsberechnung auf Basis aktualisierter Rechnungsgrundlagen erfolgten für das Neugeschäft direkt und für den Bestand nach einer Beitragsanpassung.

Kopfschäden, Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten wurden unter dem Gesichtspunkt vorsichtiger Risikoeinschätzung veranschlagt.

Die Zuschläge für den Abschluss von Versicherungsverträgen sowie für die Verwaltungs- und Schadenregulierungsaufwendungen wurden für neue Tarife anhand interner Beobachtungen der tatsächlichen Aufwendungen bestimmt.

Bei Beitragsanpassungen wurden diese Zuschläge entsprechend der Beitragsveränderung des Bestands angepasst.

Sofern andere als die von der BaFin veröffentlichten Werte für die Kopfschäden verwendet wurden, sind die ihnen zugrunde liegenden Annahmen durch geeignete Statistiken belegt.

Das Verhältnis von Rückstellung zu Beiträgen ist in der Krankenversicherung grundsätzlich angemessen, da – im Unterschied zur Lebensversicherung – beide mit den gleichen Rechnungsgrundlagen berechnet werden. Insofern ist im Zusammenspiel zwischen Beitrag und Rückstellung keine Unterreservierung zu erwarten.

Den steigenden Kosten im Gesundheitswesen wurde in der Krankenversicherung durch die Möglichkeit von Beitragsanpassungen Rechnung getragen. Diese wurden mit Zustimmung des unabhängigen mathematischen Treuhänders durchgeführt.

Aus dem Mitversicherungsvertrag für die Pflegepflichtversicherung der Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse (PBeaKK) und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (KVB) erfolgte die Bilanzierung entsprechend der Aufgabe der Geschäftsführung der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV).

Die Zusatzrückstellung für Beitragsermäßigungen im Alter wurde auf der Basis der positiven Deckungsrückstellung vom 31. Dezember des Vorjahres einzeln ermittelt und zum 31. Dezember des Geschäftsjahres gutgeschrieben.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für das Geschäftsfeld Krankenversicherung

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde anhand eines statistischen Näherungsverfahrens ermittelt, wobei die bis zum Datenstand 31. Dezember eingereichten Versicherungsfälle der Vorjahre und die Erfahrungen aus der Vergangenheit zugrunde gelegt wurden. Soweit Unsicherheiten hinsichtlich der Höhe der zu leistenden Schadenzahlungen bestanden, wurde ein vorsichtiger Wert angesetzt.

Forderungen aus Regressen wurden von der Rückstellung abgesetzt. Die Rabatte auf Arzneimittel wurden aufgrund des im Jahr 2011 eingeführten Arzneimittelmarktneuordnungsgesetzes (AMNOG) rückstellungsmindernd berücksichtigt.

Für die Pflegeversicherung der Mitglieder der Postbeamtenkrankenkasse (PBeaKK) und der Krankenversorgung der Bundesbahnbeamten (KVB) erfolgte die Bilanzierung entsprechend der Aufgabe der Geschäftsführung der Gemeinschaft privater Versicherungsunternehmen zur Durchführung der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV).

Die **Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen** ist in der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle enthalten. Sie wurde aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit anteilig aus den zurückgestellten Versicherungsleistungen ermittelt. Dieser Betrag wurde entsprechend den steuerlichen Vorschriften gekürzt.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

In der Krankenversicherung ist geregelt, dass die Versicherungsnehmer an den aus den vorsichtigen Kalkulationsgrundlagen entstehenden Überschüssen angemessen zu beteiligen sind.

Grundsätzlich erfolgte die Überschussbeteiligung über Direktgutschriften zu individuell vorhandenen Alterungsrückstellungen und als Zuführungen zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB).

Die RfB besteht aus der erfolgsabhängigen RfB für die nach Art der Lebensversicherung kalkulierten Tarife und aus der erfolgsunabhängigen RfB.

Nach den geltenden Vorschriften ist für die erfolgsabhängige RfB eine Mindestzuführung in Höhe von jeweils 80 Prozent des Rohüberschusses in der nach Art der Lebensversicherung betriebenen Krankenversicherung, in der Pflegepflichtversicherung und in der geförderten Pflegeergänzungsversicherung erforderlich. Die erfolgsunabhängige RfB besteht aus dem gemäß § 150 Abs. 4 VAG bestimmten Teil der Überzinsbeteiligung der Versicherungsnehmer.

Wegen der in der Vergangenheit in Verbindung mit der Kostenentwicklung im Gesundheitswesen aufgetretenen Problematik von stark angestiegenen Beiträgen bei älteren Versicherten wurden die Versicherer verpflichtet, zur Beitragsstabilität und zur Beitragsermäßigung im Alter gesonderte Beträge festzulegen. Diese ergaben sich aus der unternehmens-eigenen Nettoverzinsung der Kapitalanlagen. Davon sind 90,0 Prozent der über den Rechnungszins hinausgehenden und auf die Deckungsrückstellung der betroffenen Verträge des Vorjahres entfallenden Kapitalerträge (Überzins) diesem Verwendungszweck zuzuführen. Die Beträge aus der Überzinsbeteiligung wurden fast ausschließlich auf die jährliche Mindestzuführung angerechnet.

Bei Neuzugängen in der substitutiven Krankenversicherung wird seit dem 1. Januar 2000 ein gesetzlicher Zuschlag in Höhe von 10,0 Prozent auf die Bruttoprämie erhoben und ebenfalls der Deckungsrückstellung direkt zugeführt. Für Kunden, die bereits vor dem 1. Januar 2000 versichert waren und der Einführung des Zuschlags nicht widersprachen, beträgt der Zuschlag mittlerweile ebenfalls 10,0 Prozent. Hieraus ergab sich ein weiterer Rückstellungsbetrag, der direkt der Alterungsrückstellung zugeführt wurde und zur Beitragsermäßigung im Alter dient.

Die in der RfB angesammelten Mittel wurden als Einmalbeitrag zur Milderung von Beitragsanpassungen oder zur Auszahlung (Beitragsrückerstattung) eingesetzt. Die Verwendung der Mittel ist grundsätzlich von der Zustimmung eines unabhängigen Treuhänders abhängig.

Sonstige Versicherungstechnische Rückstellungen

Die **Sonstigen Versicherungstechnischen Rückstellungen** beinhalten die Rückstellung für das Risiko von unwirksamen Mitteilungen zur Beitragsanpassung.

Pensionsrückstellungen

Die **Pensionsrückstellungen** wurden gemäß § 253 HGB ermittelt und nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnet. Die Bewertung der Versorgungsverpflichtungen erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Method). Hierbei werden sowohl die am Stichtag bekannten Renten und erworbenen Anwartschaften als auch die künftig zu erwartenden Steigerungen von Gehältern und Renten bei der Bewertung berücksichtigt. Die Ermittlung der Rückstellung erfolgt auf Basis modifizierter Heubeck-Richttafeln RT 2018 G, bei denen die Sterbewahrscheinlichkeiten für den Gesamtbestand auf 80,0 Prozent der Grundwerte vermindert wurden.

Die folgenden versicherungsmathematischen Annahmen wurden – jeweils bezogen auf das Jahresende und mit wirtschaftlicher Wirkung für das Folgejahr – getroffen. Weiter wurde gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Pensionsrückstellungen mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre von 1,79 Prozent (im Vorjahr: 1,87 Prozent) zu bewerten, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Zudem wurde die jährliche Steigerungsrate für Gehälter einheitlich mit 2,75 Prozent und für Renten mit 2,00 Prozent unverändert angesetzt. Weiter wurde von einer Fluktuation von 2,10 Prozent bei Frauen und 2,20 Prozent bei Männern ausgegangen.

Für die Bewertung der Pensionsrückstellungen wurde ein prognostizierter Rechnungszins von 1,79 Prozent verwendet. Dabei ist zu beachten, dass der von der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2022 veröffentlichte Zinssatz von 1,78 Prozent um einen Basispunkt abweicht. Der hieraus sich ergebende Bewertungsunterschied ist unwesentlich.

Bei der Bewertung von Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen aus rückgedeckten Direktzusagen wurde der IDW Rechnungslegungshinweis IDW RH FAB 1.021 beachtet. Hierbei wurde das Passivprimat angewendet, dementsprechend wurde der Wert des kongruenten Teils der Pensionsverpflichtung für den kongruenten Teil der Rückdeckungsversicherung auf der Aktivseite übernommen.

Die Bewertungen der Rückstellungen für **Altersteilzeit- und Jubiläumsverpflichtungen** erfolgten nach versicherungsmathematischen Grundsätzen und biometrischen Rechnungsgrundlagen auf Basis modifizierter Heubeck-Richttafeln RT 2018 G, bei denen die Sterbewahrscheinlichkeiten für den Gesamtbestand auf 80,0 Prozent der Grundwerte vermindert wurden (ausgenommen Altersteilzeit).

Die Bewertung dieser Verpflichtungen erfolgte im Wesentlichen analog zu den Pensionszusagen und auf Basis der gleichen Rechnungsannahmen (mit Ausnahme des Rechnungszinses). Der Ausweis erfolgte unter den Sonstigen Rückstellungen.

Die Rückstellungen für **Altersteilzeit** wurden mit einem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 0,41 Prozent (im Vorjahr: 0,30 Prozent) bewertet, wobei wie im Vorjahr ein zum Bilanzstichtag prognostizierter Zinssatz zugrunde gelegt wurde, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von einem Jahr ergibt.

Dabei ist zu beachten, dass der von der Deutschen Bundesbank zum 31. Dezember 2022 veröffentlichte Zinssatz von 0,43 Prozent um zwei Basispunkte abweicht. Der hieraus sich ergebende Bewertungsunterschied ist unwesentlich.

Für die Bewertung der **Jubiläumsverpflichtungen** wurde ein durchschnittlicher Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre von 1,09 Prozent (im Vorjahr: 0,95 Prozent) verwendet, wobei wie im Vorjahr ein zum Bilanzstichtag prognostizierter Zinssatz zugrunde gelegt wurde. Für die Abzinsung wurde eine angenommene Restlaufzeit von neun Jahren unterstellt.

Die Pensionsrückstellungen sowie die Altersteilzeitrückstellungen wurden mit Vermögensgegenständen, die ausschließlich der Erfüllung dieser Schuld dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind, gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Steuerrückstellungen und übrige Sonstige Rückstellungen

Die **Steuerrückstellungen** sowie alle übrigen **Sonstigen Rückstellungen** wurden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie **Sonstige Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden nach § 250 Abs. 2 HGB bilanziert.

Aktive und passive latente Steuern

Aktive und passive latente Steuern werden für die Unterschiede in den Wertansätzen zwischen Handels- und Steuerbilanz angesetzt.

Die Bewertung temporärer beziehungsweise quasi-temporärer Differenzen erfolgte mit dem für das Geschäftsjahr geltenden kombinierten Steuersatz für Körperschaftsteuer (KSt) inklusive Solidaritätszuschlag (SolZ) und Gewerbesteuer (GewSt) in Höhe von 32,9 (32,9) Prozent.

Die aktiven latenten Steuern, die mit den passiven latenten Steuern saldiert werden, beruhen im Wesentlichen auf Bewertungsunterschieden bei den Kapitalanlagen, den Pensionsrückstellungen und den Sonstigen Rückstellungen.

Für den verbleibenden Aktivüberhang wurden entsprechend dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr keine latenten Steuern bilanziert.

Sonstiges

In der Bilanz wurden die Abzugsbeträge mit einem Minuszeichen dargestellt. Aufwände wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Minuszeichen und Erträge ohne Vorzeichen dargestellt.

Der Begriff „Beteiligungsunternehmen“ wurde gleichbedeutend für die Formulierung „Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ verwendet.

Anhang

Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände und der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2022

Aktivposten	Bilanzwerte	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte
	Vorjahr						Geschäftsjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	225	-	-	-	-	-108	117
2. Summe A.	225	-	-	-	-	-108	117
B. Kapitalanlagen							
B. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	376.876	150.153	-	-	-	-7.665	519.364
B. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	353.990	195.440	-	-485	-	-7.254	541.691
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	22.403	1.000	-	-8.500	-	-	14.903
3. Beteiligungen	260.625	92.904	-	-26.398	6.491	-1.539	332.083
4. Summe B. II.	637.018	289.343	-	-35.382	6.491	-8.793	888.677
B. III. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.830.849	242.505	-	-48.104	803	-14.940	5.011.113
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.374.287	407.652	-	-5.304	-	-	1.776.635
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	2.697.471	129.555	-	-408.370	-	-	2.418.656
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.231.345	166.912	-	-389.919	-	-	2.008.338
c) übrige Ausleihungen	29.512	73	-	-4.793	-	-	24.792
4. Summe B. III.	11.163.464	946.697	-	-856.490	803	-14.940	11.239.534
Insgesamt	12.177.583	1.386.193	-	-891.872	7.294	-31.506	12.647.692

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

B. Kapitalanlagen

Zeitwert der Kapitalanlagen gemäß § 54 RechVersV

	Geschäftsjahr		Vorjahr	
	Buchwerte Tsd. €	Zeitwerte Tsd. €	Buchwerte Tsd. €	Zeitwerte Tsd. €
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	519.364	638.070	376.876	512.440
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	541.691	638.244	353.990	430.367
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	14.903	14.901	22.403	22.505
3. Beteiligungen	332.083	374.360	260.625	288.722
	888.677	1.027.505	637.018	741.594
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.011.113	4.899.033	4.830.849	5.404.617
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.776.635	1.425.507	1.374.287	1.555.156
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	2.418.656	2.245.663	2.697.471	3.075.465
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.008.338	2.027.691	2.231.345	2.602.481
c) übrige Ausleihungen	24.792	24.430	29.512	33.490
	4.451.786	4.297.784	4.958.328	5.711.436
	11.239.534	10.622.324	11.163.464	12.671.209
	12.647.575	12.287.899	12.177.358	13.925.243
Bewertungsreserven zum Bilanzstichtag		-359.676		1.747.885

Die Bewertungsreserven beliefen sich auf –359.676 (1.747.885) Tsd. Euro und lagen bei –2,8 (14,4) Prozent des Buchwerts der Kapitalanlagen.

Auf Kapitalanlagen wurden im Geschäftsjahr Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe von 9.262 (4.924) Tsd. Euro vorgenommen.

Bei Grundstücken und Gebäuden wurde für einen Buchwert in Höhe von 301.049 (Zeitwert 279.720) Tsd. Euro von einer Abschreibung abgesehen.

Bei Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen in Höhe eines Buchwerts von 26.530 (Zeitwert: 25.404) Tsd. Euro wurde für Immobilienbeteiligungen von einer Abschreibung abgesehen. Die langfristige Unternehmensplanung und die zugrunde liegenden Marktannahmen begründeten die Einschätzung einer vorübergehenden Wertminderung.

In den Ausleihungen an verbundene Unternehmen sind Darlehen zur Finanzierung von Immobilieninvestments mit einem Buchwert in Höhe von 13.903 (13.903) Tsd. Euro enthalten.

Für Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurde in Höhe eines Buchwerts von 1.000 (Zeitwert 998) Tsd. Euro, für Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere in Höhe eines Buchwerts von 3.629.738 (Zeitwert: 3.371.884) Tsd. Euro, für Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere wurde in Höhe eines Buchwerts von 1.776.635 Tsd. Euro (Zeitwert: 1.425.507 Tsd. Euro) und bei Sonstigen Ausleihungen in Höhe eines Buchwerts von 2.079.031 Tsd. Euro (Zeitwert: 1.808.340 Tsd. Euro) von einer Abschreibung auf den Zeitwert abgesehen, da die vorübergehende Wertminderung nicht auf Bonitätsverschlechterung zurückzuführen ist.

Bei den Zeitwerten der Beteiligungen waren im Berichtsjahr die Zeitwerte der Devisentermingeschäfte innerhalb der Bewertungseinheiten enthalten. Diese beliefen sich bei den Beteiligungen auf –2.177 Tsd. Euro.

Werden zur Absicherung des Währungsrisikos in Fremdwährung getätigte Investitionen an geschlossenen und offenen Immobilienfonds mit Devisentermingeschäften gesichert, wird die ökonomische Sicherungsbeziehung durch Bildung von Bewertungseinheiten im Rahmen von Micro Hedges bilanziell nachvollzogen. Abgesichert wurden im Berichtsjahr jeweils nahezu 100 Prozent des Buchwerts in Fremdwährung der Investition. Infolge der betragskongruenten Sicherung ist von einer gegenläufigen Wertänderung von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument auszugehen.

Die Währungssicherung wird dabei auf den jeweiligen Buchwert in Fremdwährung abgestellt; d.h. bei Kapitalabrufen wird zeitgleich das Sicherungsvolumen aufgebaut, bei Kapitalrückführungen entsprechend abgebaut. Dies geschieht durch den Abschluss zusätzlicher bzw. gegenläufiger Devisentermingeschäfte. Es handelt sich um eine jährlich rollierende Absicherung.

Zur Effektivitätsmessung erfolgt eine Gegenüberstellung der Marktwertveränderungen der Devisentermingeschäfte und des Grundgeschäfts zum Geschäftsjahresende.

Zum 31. Dezember 2022 waren Investitionen in Höhe von 25.171 Tsd. USD abgesichert. Der Zeitwert der korrespondierenden Devisentermingeschäfte belief sich auf –2.177 Tsd. Euro.

Die Zeitwerte wurden, abhängig von der jeweiligen Anlageart, nach folgenden branchenweit anerkannten Methoden ermittelt:

Der Zeitwert der Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurde anhand der Ertragswertmethode ermittelt. Für unbebaute Grundstücke wurden die Marktwerte, für Gebäude die Ertragswerte und für im Bau befindliche Objekte die kumulierten Herstellungskosten angesetzt. Sämtliche Grundstücksobjekte wurden zum Bilanzstichtag neu bewertet.

Der Zeitwert von nicht börsennotierten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wurde mit dem Ertragswertverfahren oder anhand des Nettovermögenswerts ermittelt.

Der Zeitwert von Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurde mit dem Discounted-Cashflow-Verfahren ermittelt. Basis war die aktuelle Swapkurve unter Berücksichtigung von laufzeit- und emittentenabhängigen Bonitäts- und Liquiditätsspreads.

Der Zeitwert von an der Börse notierten Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Sofern kein Börsenkurs vorhanden war, erfolgte die Bewertung von Aktien zum Ertragswert oder Nettovermögenswert sowie die Bewertung von Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren zu dem von der Kapitalverwaltungsgesellschaft übermittelten Nettovermögenswert.

Der Zeitwert von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie von Sonstigen Ausleihungen wurde für nicht-notierte Anleihen mit dem Discounted-Cashflow-Verfahren zum Bilanzstichtag unter Berücksichtigung der jeweiligen Bonitäts- und Liquiditätsabschläge ermittelt. Der Zeitwert von an der Börse notierten Anleihen wurde mit dem letzten zum Bilanzstichtag verfügbaren Börsenkurs ermittelt. Bei strukturierten Produkten wurden zusätzlich optionale Anteile (Callrechte, Swaptionen) mithilfe von anerkannten Optionspreismodellen (Black Scholes) bewertet.

Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag gemäß § 285 Nr. 11 HGB

		Anteil am	Eigen-	Jahres-
		Kapital	kapital	ergebnis
		%	Tsd. €	Tsd. €
19 CJ Paris HoldCo SAS	Paris	100,0	–	– ⁶
AEW Value Investors Asia II Feeder, L.P.	Luxemburg	12,2	3.164	–216 ²
AEW Value Investors Asia III Parallel, L.P.	Luxemburg	8,16	442.706	20.066 ²
AEW Value Investors Asia IV, L.P.	Luxemburg	4,86	378.582	7 ²
Allianz Testudo SCSp	Senningerberg	12,10	629.548	38.586 ²
Asia Property Fund II GmbH & Co. KG i.L.	München	3,53	7.483	–365 ²
Asia Property Fund III S.C.S.	Luxemburg	13,78	111.708	79.691 ²
Bel&Main Immobilien GmbH	Frankfurt am Main	37,00	10.458	–3.199 ²
Berlin, Müllerstraße 25 Immobilien GmbH & Co. KG	München	40,00	–	– ⁶
Berlin, Müllerstraße 25 Management GmbH	München	40,00	–	– ⁶
Consal Vertrieb Landesdirektionen GmbH	Saarbrücken	100,00	149	1 ²
Core Energy Infrastructure Holding SCS	Munsbach	12,10	340.259	10.289 ²
DCVIM Deutschland GmbH & Co. geschlossene Investmentkommanditgesellschaft	Hamburg	40,00	110.171	–1.270 ²
Deutsche Finance Individualstruktur Nr. 2 GmbH & Co. KG	München	28,00	65.994	769 ²
EIP Renewables Invest SCS	Luxemburg	9,78	493.872	15.701 ²
GTIS US Property Income Partners S.C.S.	Luxemburg	16,59	99.972	65.538 ²
heal.capital I GmbH & Co. KG	Berlin	3,58	25.050	–2.492 ²
LHI Infralmmo GmbH & Co. KG	Pullach i. Isartal	43,52	92.529	3.540 ²
Macquarie Super Core Infrastructure Fund SCSp	Luxemburg	1,56	4.553.270	208.207 ³
MGS Beteiligungs-GmbH	Samerberg	22,00	5.843	–23 ²
Northam Evergreen Funds S.C.S.	Luxemburg	48,08	117.177	6.452 ²
PGIM Real Estate Asia Value Partners IV SCSP	Luxemburg	7,30	119.898	–824 ²
Private Investment Fund Management S.à.r.l.	Luxemburg	9,09	51	6 ²
Real Estate Opportunity 1 GmbH & Co. KG	München	45,83	209.206	1.402 ²
Tishman Speyer Investment Partners I SCSp	Luxemburg	36,99	47.324	–616 ²
Tishman Speyer Investment-Partners I GmbH & Co. Geschlossene Investmentkommanditgesellschaft	Frankfurt am Main	36,99	145.846	4.189 ²
TMW Asia Property Fund I GmbH & Co. KG	München	2,56	11.674	1.682 ²
U.S. Property Fund V GmbH & Co. KG	München	4,65	40.786	–11.540 ¹
UNION KRANKENVERSICHERUNG AKTIENGESELLSCHAFT	Saarbrücken	10,00	100.340	7.615 ⁵
United States Property Fund VI S.C.S.	Luxemburg	9,63	118.659	16.724 ¹
uptodate Ventures GmbH	München	21,19	4.142	–9.736 ²
Wafra Residential Value Invest I, Inc.	Delaware	10,87	171.699	31.501 ²

¹ Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 30. September 2021.² Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021.³ Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 30. März 2022.⁴ Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 30. September 2022.⁵ Eigenkapital und Jahresergebnis aus dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022.⁶ Eigenkapital und Jahresergebnis lagen zum Bilanzstichtag nicht vor.**B. II. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen**

Die Abschreibungen enthielten Währungskursverluste in Höhe von 3.885 Tsd. Euro.

B. II. 3. Beteiligungen

Die Zuschreibungen enthielten Währungskursgewinne in Höhe von 1.631 Tsd. Euro.

B. III. 1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Angaben zu den Investmentvermögen gemäß § 285 Nr. 26 HGB:

Anlageziele	Anteilswert	Zeitwert	Saldo	Ausschüttungen Geschäftsjahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
Aktien ¹	355.421	356.731	1.310	3.174
Gemischt ¹	2.878.461	2.659.558	-218.904	-
Immobilien ²	74.503	84.749	10.247	2.139
Renten ¹	1.025.988	998.331	-27.657	4.067
Gesamt	4.334.373	4.099.370	-235.004	9.380

¹ Börsentägliche Anteilsscheinrückgabe möglich.² Jederzeitige Anteilsscheinrückgabe unter Beachtung der marktüblichen Restriktionen hinsichtlich Liquidierbarkeit und Kündigung der zugrunde liegenden Vermögensgegenstände. Für Immobilienfonds gelten die besonderen Vorschriften des § 257 KAGB.**Angaben zur Widmung von Aktien und Anteilen an Investmentvermögen:**

Aktien und Anteile an Investmentvermögen sind in Höhe eines Buchwerts von 4.670.233 (3.398.443) Tsd. Euro und eines korrespondierenden Zeitwerts in Höhe von 4.529.897 (3.797.506) Tsd. Euro dem Anlagevermögen zugeordnet.

B. III. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind in Höhe eines Buchwerts von 1.776.635 (1.252.358) Tsd. Euro und eines korrespondierenden Zeitwerts in Höhe von 1.425.507 (1.429.009) Tsd. Euro dem Anlagevermögen zugeordnet.

B. III. 3. Sonstige Ausleihungen

Die übrigen Ausleihungen setzten sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €
Namensgenussrechte	14.792	14.719
Stille Beteiligungen	10.000	14.793
Gesamt	24.792	29.512

Es wurden stille Beteiligungen in Höhe von 4.793 Tsd. Euro zurückgezahlt. Hierbei wurden Erträge in Höhe von 1.832 Tsd. Euro gebucht. Aus dem Bestand von Namensgenussrechten und stillen Beteiligungen wurden laufende Erträge in Höhe von insgesamt 1.260 Tsd. Euro realisiert. Aus dem bedingten zusätzlichen Kaufpreis der HETA Asset Resolution AG entstanden Abgangsgewinne in Höhe von 1.136 Tsd. Euro.

D. II. Andere Vermögensgegenstände

In dieser Position sind Steuererstattungsansprüche in Höhe von 3.024.692 (19.556.156) Euro enthalten.

Passiva

A. I. Eingefordertes Kapital

Das gezeichnete Kapital liegt bei 66.482.000 Euro und ist eingeteilt in 2.600.000 auf den Namen lautende Stückaktien mit einem rechnerischen Wert von je 25,57 Euro. Diese können nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden. Sie setzen sich zusammen aus 600.000 volleingezahlten Stückaktien, auf die ein Nennbetrag in Höhe von 15.342.000 Euro geleistet wurde, und 2.000.000 teileingezahlten Stückaktien, auf die ein Betrag in Höhe von 12.793.109 Euro geleistet wurde.

Der alleinige Aktionär, die Consal Beteiligungsgesellschaft Aktiengesellschaft, München, teilte das Bestehen einer Beteiligung an der Gesellschaft gemäß § 20 Abs. 1 bzw. 4 AktG mit.

A. III. Gewinnrücklagen

	Stand zum Anfang des Geschäfts- jahres	Einstellung aus dem Vorjahres- bilanz- gewinn	Einstellung aus dem Jahres- überschuss	Entnahmen	Stand zum Ende des Geschäfts- jahres
	€	€	€	€	€
1. gesetzliche Rücklage	6.648.200	–	–	–	6.648.200
2. andere Gewinnrücklagen	100.910.161	–	4.004.000	–	104.914.161
Gewinnrücklagen	107.558.361	–	4.004.000	–	111.562.361

B. II. Deckungsrückstellung

Von der Deckungsrückstellung in Höhe von 11.350.720.596 Euro entfielen 2.081.851 Euro auf die Übertragungswerte gekündigter Versicherungsverträge.

B. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung		Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		
	€	Poolrelevante Rückstellung für Beitrags- rückerstattung der Pflege- versicherung €	Betrag nach § 150 Abs. 4 VAG €	Sonstiges €	Gesamt €
1. Bilanzwerte Vorjahr	551.979.571	–	4.284.656	–	4.284.656
2. Entnahmen zur Verrechnung	41.197.055	–	47.048	–	47.048
3. Entnahmen zur Barausschüttung	34.847.702	–	–	–	–
4. Zuführung	170.557.226	–	2.656	–	2.656
5. Bilanzwerte Geschäftsjahr	646.492.040	–	4.240.264	–	4.240.264
6. Gesamter Betrag des Geschäftsjahres nach § 150 VAG	46.727 € (30.728.027 €)				

C. I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	79.368.618	73.615.689
Gesamt	79.368.618	73.615.689

Die Anschaffungskosten der mit den **Pensionsrückstellungen** zu verrechnenden Vermögensgegenstände entsprachen dem Zeitwert und beliefen sich auf 3.283.519 Euro. Der Zeitwert umfasste bei Rückdeckungsversicherungen das Deckungskapital des Versicherungsvertrags zuzüglich unwiderruflich zugeteilter Überschussanteile. Die entsprechenden Vermögensgegenstände wurden mit dem Erfüllungsbetrag für die Pensionsrückstellungen in Höhe von 82.652.137 Euro verrechnet.

Im Zuge der Verrechnung wurden Erträge in Höhe von 57.202 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 1.416.910 Euro verrechnet.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (1,79 Prozent) ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (1,45 Prozent) ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 8.242.410 Euro. Dieser Unterschiedsbetrag unterliegt den Regelungen nach § 253 Abs. 6 HGB bezüglich einer Ausschüttungssperre.

C. III. Sonstige Rückstellungen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
Provisionszahlungen	8.781.210	7.707.000
Jubiläumswendungen	3.777.490	3.774.280
Ausstehende Rechnungen	3.059.989	6.823.971
Variable Vergütung	1.991.536	1.293.458
Gleitzeit/Überstunden	1.133.284	1.278.973
Drohverlustrückstellung	1.062.464	494.114
Urlaubsverpflichtungen	1.040.813	1.131.286
Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen	958.398	767.859
Jahresabschlusskosten	468.171	441.025
Altersteilzeit	311.340	531.211
Gesamt	22.584.695	24.243.176

Die Anschaffungskosten der mit den **Altersteilzeitrückstellungen** zu verrechnenden Vermögensgegenstände beliefen sich auf 559.914 Euro und entsprachen dem Zeitwert. Die entsprechenden Vermögensgegenstände wurden mit dem Erfüllungsbetrag für die Altersteilzeitverpflichtungen in Höhe von 871.254 Euro verrechnet. Im Zuge der Verrechnung wurden Erträge in Höhe von 3.889 Euro mit Aufwendungen in Höhe von 4.213 Euro verrechnet.

D. Andere Verbindlichkeiten

In den sonstigen Verbindlichkeiten waren 55.428 Euro enthalten, die mit einer Grundschuld pfandrechtlich gesichert sind. Von diesen pfandrechtlich gesicherten Verbindlichkeiten haben 51.012 Euro eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Auf Kapitalanlagen bestanden nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 412.972 Tsd. Euro.

Aufgrund der gesetzlichen Vorgaben in den §§ 221 ff. VAG sind die privaten Krankenkassenversicherer zur Mitgliedschaft in einem Sicherungsfonds verpflichtet. Der Sicherungsfonds erhebt nach der Übernahme der Versicherungsverträge zur Erfüllung seiner Aufgaben Sonderbeiträge bis zur Höhe von maximal 2,0 Promille der Summe der versicherungstechnischen Nettorückstellungen. Demnach ergibt sich eine mögliche Zahlungsverpflichtung in Höhe von 24.771.044 Euro.

Im Rahmen eines Mitversicherungsvertrags zur Durchführung der Pflegeversicherung nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (PflegeVG) vom 26. Mai 1994 für die Mitglieder der PBeaKK und der KVB haftet jeder der Mitversicherer für die zu erbringenden Versicherungsleistungen gegenüber jedem Versicherungsnehmer als Gesamtschuldner und gegenüber jedem Mitversicherer in Höhe der jeweiligen Mitversicherungsquote, die für das Kalenderjahr aufzubringen ist, in dem die Versicherungsleistung erbracht wird.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beliefen sich auf insgesamt 14.829.042 Euro, davon 14.788.746 Euro gegenüber verbundenen Unternehmen. Sie bestanden aus langfristigen Mietverpflichtungen.

Anhang

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1. a) Gebuchte Bruttobeiträge

	Geschäftsjahr		Vorjahr ¹	
	Ifd. Beitrag €	Einmalbeitrag €	Ifd. Beitrag €	Einmalbeitrag €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft				
Einzelversicherungen				
Krankheitskosten- vollversicherungen	1.032.053.209		1.016.457.422	
Krankentagegeld- versicherungen	19.332.991		20.470.188	
Selbstständige Krankenhaustagegeld- versicherungen	23.575.016		23.565.573	
Pflegezusatz- versicherungen	190.403.195		186.739.005	
Sonstige selbstständige Teilversicherungen	158.302.488		155.965.861	
Pflegepflicht- versicherungen	204.075.182		175.233.129	
Beihilfeablöse- versicherungen	235.258.538		225.644.233	
Restschuldersicherungen		–		–
Auslandsreisekranken- versicherungen		1.841.606		1.928.819
Summe	1.863.000.619	1.841.606	1.804.075.411	1.928.819
Gruppenversicherungen				
Krankheitskosten- vollversicherungen	19.959.763		19.373.209	
Krankentagegeld- versicherungen	619.572		649.181	
Selbstständige Krankenhaustagegeld- versicherungen	284.385		285.225	
Pflegezusatz- versicherungen	12.826.232		12.571.910	
Sonstige selbstständige Teilversicherungen	129.400.429		120.348.003	
Summe	163.090.381		153.227.528	
Gesamt	2.026.091.000	1.841.606	1.957.302.939	1.928.819
Gesamtes Versicherungsgeschäft	2.027.932.606		1.959.231.758	

¹ Darin enthalten ist der Prämienzuschlag gemäß § 149 VAG in Höhe von 29.393.155 (29.974.979) Euro.

Anzahl der versicherten natürlichen Personen

Zum 31. Dezember 2022 waren gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 4 Satz 4 RechVersV insgesamt 1.937.572 (1.944.989) natürliche Personen versichert.

Von den versicherten Personen¹ entfielen auf:

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Anzahl	Anzahl
Krankheitskostenvollversicherungen	297.779	303.375
Krankentagegeldversicherungen	94.767	94.670
Selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	275.930	281.038
Pflegezusatzversicherungen	277.674	282.873
Sonstige selbstständige Teilversicherungen	1.045.440	1.024.589
Pflegepflichtversicherungen ²	319.508	326.347
Beihilfeablöseversicherung	508.863	513.765
Auslandsreise-Krankenversicherungen	246.193	255.986

¹ Darin enthalten sind Doppelzählungen.

² Darin enthalten ist der Anteil von 3,5 Prozent an der GPV.

I. 2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Einmalbeitrag €	Einmalbeitrag €
Beiträge aus der RfB aus:		
Einzelversicherungen	41.177.371	96.717.875
Gruppenversicherungen	66.732	251.885
Summe	41.244.103	96.969.760
Beiträge aus der RfB nach:		
Laufenden Beiträgen		
Einmalbeiträgen	41.244.103	96.969.760
Summe	41.244.103	96.969.760
Beiträge aus der RfB aus:		
Krankheitskostenvollversicherungen	38.150.773	57.207.057
Krankentagegeldversicherungen	1.013.129	–
Selbstständige Krankenhaustagegeldversicherungen	–	1.403.805
Sonstigen selbstständigen Teilversicherungen	2.080.201	29.774.747
Pflegepflichtversicherungen	–	8.584.151
Summe	41.244.103	96.969.760

Übertragungswerte

In den Sonstigen versicherungstechnischen Erträgen waren Übertragungswerte in Höhe von 2.084 (1.816) Tsd. Euro und in den Sonstigen versicherungstechnischen Aufwendungen gezahlte Übertragungswerte in Höhe von 3.398 (3.798) Tsd. Euro enthalten.

Rückversicherungssaldo**Anteil der Rückversicherer an den**

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	€	€
verdienten Beiträgen	–173.086	–285.738
Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle	–63.788	338.605
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb	13.573	18.200
Saldo	–223.301	71.067

II. 2. Sonstige Aufwendungen

In diesem Posten sind Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen in Höhe von 1.395.795 (1.448.220) Euro enthalten.

Anhang

Sonstige Angaben

Anzahl der Mitarbeiter

Bei der Bayerische Beamtenkrankenkasse waren im Jahr 2022 durchschnittlich 771 Mitarbeiter beschäftigt.

Mitarbeiter	Geschäftsjahr	Vorjahr
Innendienst-Vollzeitmitarbeiter	492	492
Innendienst-Teilzeitmitarbeiter	279	273
Gesamt	771	765

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	Geschäftsjahr	Vorjahr
	Tsd. €	Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des §92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	-37.997	-34.401
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des §92 HGB	-1.718	-1.086
3. Löhne und Gehälter	-49.273	-48.492
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-8.613	-8.434
5. Aufwendungen für Altersversorgung	-8.517	-16.621
6. Aufwendungen insgesamt	-106.117	-109.034

Gesamthonorar Abschlussprüfer

Abschlussprüfer der Bayerische Beamtenkrankenkasse AG ist die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC GmbH).

Die Angaben zum Gesamthonorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB für Leistungen an die Bayerische Beamtenkrankenkasse AG, München, sind im Konzernabschluss der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, enthalten.

Die Abschlussprüfungsleistungen umfassten die Jahresabschlussprüfung und die Prüfung der Solvabilitätsübersicht sowie die Prüfung des Abhängigkeitsberichts.

Gremien

Die Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates sind im Kapitel „Gremien“ auf der Seite 10 genannt. Diese Seite ist Bestandteil des Anhangs.

Die Bezüge des Vorstands beliefen sich auf 577.483 Euro; an ehemalige Mitglieder des Vorstands wurden 342.191 Euro gezahlt.

Für den Aufsichtsrat wurden 95.092 Euro und für die Beiräte 27.420 Euro aufgewendet.

Konzernzugehörigkeit

Die Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft, München, gehört zum Konzern Versicherungskammer. Die Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, stellt als Mutterunternehmen den Konzernabschluss für den größten und den kleinsten Kreis von Unternehmen auf und wird die Bayerische Beamtenkrankenkasse in den Konzernabschluss einbeziehen.

Der nach § 291 Abs. 1 HGB befreiende Konzernabschluss und Konzernlagebericht der Versicherungskammer Bayern Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts, München, wird im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

Der Konzernabschluss steht auf www.vkb.de zur Verfügung.

Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

	Geschäftsjahr
	€
Rohüberschuss nach Steuern	184.919.953
abzüglich:	
Direktgutschrift gemäß § 150 VAG	-46.727
Zuführung zur poolrelevanten erfolgsunabhängigen Rückstellung für Beitragsrückerstattung	-
Zuführung zur Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	-170.557.226
	-170.603.953
Jahresüberschuss	14.316.000
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	11.008.000
Einstellungen in Gewinnrücklagen	-4.004.000
Bilanzgewinn	21.320.000

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 21.320.000 Euro an den Aktionär auszuschütten.

München, den 27. Februar 2023

Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Martorell Naßl



Fleischer



Jessel

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft, München

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft, München, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- › entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- › vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht waren folgende Sachverhalte am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

- ① Bewertung der in den versicherungstechnischen Rückstellungen enthaltenen Deckungsrückstellung
- ② Bewertung nicht notierter Kapitalanlagen

Unsere Darstellung dieser besonders wichtigen Prüfungssachverhalte haben wir jeweils wie folgt strukturiert:

- ① Sachverhalt und Problemstellung
- ② Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- ③ Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte dar:

① **Bewertung der in den versicherungstechnischen Rückstellungen enthaltenen Deckungsrückstellung**

- ① Im Jahresabschluss der Gesellschaft wird unter dem Bilanzposten „Versicherungstechnische Rückstellungen“ eine Deckungsrückstellung in Höhe von € 11.350,7 Mio (88,7 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Die Deckungsrückstellung setzt sich zusammen aus der einzelvertraglich ermittelten tariflichen Alterungsrückstellung, den angesammelten Mitteln aus der Direktgutschrift gemäß § 150 VAG und der Rückstellung für den gesetzlichen Zuschlag gemäß § 149 VAG.

Versicherungsunternehmen haben eine Deckungsrückstellung insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllung der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Dabei sind neben den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften auch eine Vielzahl an aufsichtsrechtlichen Vorschriften über die Berechnung der Rückstellungen zu berücksichtigen. Insbesondere sind der Berechnung der Deckungsrückstellungen zwingend dieselben Annahmen zugrunde zu legen, die auch bei der Prämienberechnung verwendet wurden. Die Festlegung von Annahmen zur Bewertung der Deckungsrückstellung verlangt von den gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft neben der Berücksichtigung der handels- und aufsichtsrechtlichen Anforderungen eine Einschätzung zukünftiger Ereignisse und die Anwendung geeigneter Bewertungsmethoden. Geringfügige Änderungen dieser Annahmen sowie der verwendeten Methoden können eine wesentliche Auswirkung auf die Bewertung der Deckungsrückstellung haben.

Aufgrund der betragsmäßig wesentlichen Bedeutung der Deckungsrückstellung für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft, der Komplexität der anzuwendenden Vorschriften und der zugrundeliegenden Methoden sowie der Ermessensspielräume der gesetzlichen Vertreter und den damit verbundenen Schätzunsicherheiten war die Bewertung der Deckungsrückstellung im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der Deckungsrückstellung für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft gemeinsam mit unseren internen Versicherungsmathematikern die von der Gesellschaft verwendeten Methoden und von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt sowie anerkannte Methoden berücksichtigt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Ermittlung und Erfassung der Deckungsrückstellung gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere analytische Prüfungshandlungen und Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der Deckungsrückstellung vorgenommen. Wir haben unter anderem auch die der Berechnung des Erfüllungsbetrags zugrunde liegenden Daten mit den Basisdokumenten abgestimmt. Damit einhergehend haben wir die berechneten Ergebnisse der Gesellschaft zur Höhe der Rückstellungen anhand der anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften nachvollzogen und die konsistente Anwendung der Bewertungsmethoden überprüft.

Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der Deckungsrückstellung begründet und hinreichend dokumentiert sind.

- ③ Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen der Gesellschaft in den Abschnitten „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ im Anhang. Risikoangaben finden sich im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft im Abschnitt „Versicherungstechnisches Risiko aus der Krankenversicherung“.

② Bewertung nicht notierter Kapitalanlagen

- ① Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden Kapitalanlagen in der Bilanz in Höhe von € 12.647,6 Mio (98,8% der Bilanzsumme) ausgewiesen. Davon entfallen € 2.943,4 Mio (23,3% der Kapitalanlagen) auf Kapitalanlagen, deren Bewertung nicht auf Basis von Börsenpreisen oder sonstigen, unmittelbar oder mittelbar am Markt beobachtbaren Preisen erfolgt (wie z. B. Anteile an verbundenen Unternehmen, nicht börsennotierte Beteiligungen, strukturierte oder illiquide Anlagen).

Die handelsrechtliche Bewertung von nicht notierten Kapitalanlagen richtet sich nach den Anschaffungskosten und dem niedrigeren beizulegenden Wert. Die beizulegenden Werte werden für einen Teil der nicht notierten Kapitalanlagen als Barwerte der erwarteten künftigen Zahlungsströme, die sich aus den von den gesetzlichen Vertretern erstellten Planungsrechnungen ergeben, mittels Discounted-Cashflow-Modellen ermittelt. Für einen anderen Teil erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte nach dem „Look-Through-Prinzip“, d. h. auf Basis der Zeitwerte der jeweils zugrundeliegenden Investitionsobjekte, welche wiederum nach unterschiedlichen Bewertungsverfahren ermittelt werden (z. B. Net Asset Value, Discounted-Cashflow Verfahren, Ertragswertverfahren). Hierbei werden jeweils auch Erwartungen über die zukünftige Marktentwicklung und Annahmen über die Entwicklung makroökonomischer Einflussfaktoren berücksichtigt. Die Diskontierung erfolgt mittels der individuell ermittelten Kapitalkosten der jeweiligen Kapitalanlage. Auf Basis der ermittelten Werte sowie weiterer Dokumentationen ergab sich für das Geschäftsjahr ein Abwertungsbedarf von insgesamt € 19,2 Mio.

Das Ergebnis dieser Bewertung ist in hohem Maße abhängig davon, wie die gesetzlichen Vertreter die künftigen Zahlungsströme bzw. Erträge einschätzen, sowie von den jeweils verwendeten Diskontierungszinssätzen und Wachstumsraten. Die Bewertung ist daher mit wesentlichen Unsicherheiten behaftet. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der hohen Komplexität der Bewertung und der wesentlichen Bedeutung der nicht notierten Anlagen für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

- ② Im Rahmen unserer Prüfung haben wir in Anbetracht der Bedeutung der nicht notierten Kapitalanlagen für das Gesamtgeschäft der Gesellschaft die von der Gesellschaft verwendeten Modelle und die von den gesetzlichen Vertretern getroffenen Annahmen beurteilt. Dabei haben wir unter anderem unsere Bewertungsexpertise für Kapitalanlagen, unser Branchenwissen und unsere Branchenerfahrung zugrunde gelegt. Zudem haben wir die Ausgestaltung und die Wirksamkeit der eingerichteten Kontrollen der Gesellschaft zur Bewertung der nicht notierten Kapitalanlagen und Erfassung des Ergebnisses aus Kapitalanlagen gewürdigt. Hierauf aufbauend haben wir weitere Einzelfallprüfungshandlungen in Bezug auf die Bewertung der nicht notierten Kapitalanlagen vorgenommen. Unsere Einzelfallprüfungshandlungen umfassten unter anderem die Beurteilung der gewählten Bewertungsmethoden und deren konsistente Anwendung, die Würdigung der getroffenen Annahmen sowie die rechnerische Richtigkeit des angewandten Verfahrens. Zudem haben wir die Vollständigkeit und Richtigkeit der zugrundeliegenden Bestandsdaten sowie die daraus abgeleiteten Wertansätze auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Darüber hinaus haben wir, sofern im Einzelfall relevant, die Arbeit von Sachverständigen, deren Tätigkeit von den gesetzlichen Vertretern bei der Bewertung von Kapitalanlagen genutzt wird (einschließlich der angewendeten Bewertungsparameter und getroffenen Annahmen), gewürdigt. Auf Basis unserer Prüfungshandlungen konnten wir uns davon überzeugen, dass die von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen Einschätzungen und getroffenen Annahmen zur Bewertung der nicht notierten Kapitalanlagen begründet und hinreichend dokumentiert sind.

- ③ Hinsichtlich der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen der Gesellschaft in den Abschnitten „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ und „Erläuterungen zur Bilanz“ im Anhang. Risikoangaben finden sich im Chancen- und Risikobericht als Teil des Lageberichts der Gesellschaft im Abschnitt „Marktrisiko“.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts.

Die sonstigen Informationen umfassen zudem alle übrigen Teile des Geschäftsberichts – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- › wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- › anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger

Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- › identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- › gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- › beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- › ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- › beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- › beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- › führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 24. März 2022 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 25. November 2022 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2020 als Abschlussprüfer der Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft, München, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Martin Eibl.

München, den 1. März 2023

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Martin Eibl
Wirtschaftsprüfer

ppa. Matthias Zeitler
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben den Vorstand im abgelaufenen Geschäftsjahr bei der Erfüllung der ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben beraten und überwacht. Wir überzeugten uns von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und fassten die erforderlichen Beschlüsse.

Inhalt der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2022 tagten wir an zwei Terminen, daneben fasste der Aufsichtsrat im April und Mai Beschlüsse im Wege der schriftlichen Abstimmung. In den Sitzungen sowie durch periodische schriftliche Berichte ließen wir uns über die Geschäfts- und Risikoentwicklung sowie grundsätzliche geschäftspolitische Aspekte durch den Vorstand unterrichten.

In der ersten Sitzung im Frühjahr befasste sich der Aufsichtsrat mit dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr 2021. Der Vorstand unterrichtete uns darüber hinaus über die Geschäftsplanung und die aktuelle Risikoentwicklung. Zudem stand die Bestellung eines stellvertretenden Treuhänders auf der Tagesordnung. Ferner wurden Beschlussvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung, insbesondere zur Beauftragung des Wirtschaftsprüfers, sowie Beschlüsse zur Aufstellung des Entwicklungsplans des Aufsichtsrats (Selbstevaluation) für das Geschäftsjahr 2022 gefasst.

Die Beschlussfassungen im Wege der schriftlichen Abstimmung erfolgten im April zu Personalien-Themen im Vorstandsbereich und einem Beschlussvorschlag an die Hauptversammlung zur Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds.

Im Mai erfolgten Beschlüsse zur Neuwahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und zur ergänzenden Besetzung des Prüfungsausschusses.

Gegenstand der Herbstsitzung waren neben Personalien-Themen die Geschäftsentwicklung 2022 sowie die daraus abgeleitete Planung für 2023. Der Vorstand unterrichtete uns darüber hinaus über die aktuelle Risikoentwicklung. Ferner wurde dem Abschluss eines Ausgliederungsvertrages zugestimmt und ein Beschluss zu den Zielvorgaben für den Frauenanteil im Vorstand und Aufsichtsrat gefasst.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben sich im Geschäftsjahr 2022 intensiv in das Gremium eingebracht. Von den 15 amtierenden Mandatsträgern im Aufsichtsrat haben 14 an allen durchgeführten Sitzungen teilgenommen. Die durchschnittliche Teilnahmequote des Aufsichtsrats liegt bei 96 Prozent.

Inhalt der Beratungen im Prüfungsausschuss

Der aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildete Prüfungsausschuss tagte am 17. März 2022. Sämtliche Mitglieder des Prüfungsausschusses nahmen an dieser Sitzung teil. Gegenstand der Sitzung war die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2021 und die Erörterung des Berichts des Abschlussprüfers. Durch eine intensive Auseinandersetzung mit dem Prüfungsbericht und die Diskussion mit dem Abschlussprüfer bereitete der Prüfungsausschuss die Befassung auf Ebene des Aufsichtsrats vor.

Der Ausschuss hat sich mit den Berichten über die Governance Funktion, die die Kernaufgaben der Compliance, der internen Revision und des Risikomanagements umfasst, auseinandergesetzt. Des Weiteren hat sich der Prüfungsausschuss mit der Geschäftsentwicklung, Themen der Nachhaltigkeit, mit Sonderthemen der Rechnungslegung, mit der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers sowie mit der Qualität der Abschlussprüfung, insbesondere der vom Abschlussprüfer für das Unternehmen erbrachten zusätzlichen Leistungen, befasst. In den Sitzungen des Aufsichtsrats berichtete der Vorsitzende des Ausschusses über die Beratungsergebnisse.

Jahresabschlussprüfung 2022

Die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (PwC) prüfte den Jahresabschluss und den Lagebericht der Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft. Nach Abschluss der Prüfungen wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Der Bericht des Abschlussprüfers wurde jeweils in der Sitzung des Prüfungsausschusses und der Sitzung des Aufsichtsrats am 22. März 2023 erörtert. Der Abschlussprüfer nahm an beiden Sitzungen teil, erläuterte die wesentlichen Prüfungsergebnisse und stand für Fragen zur Verfügung. Wir haben uns dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch PwC angeschlossen. Auf

Grundlage unserer Prüfungen von Jahresabschluss, Lagebericht, des Vorschlags für die Verwendung des Bilanzgewinns sowie der von Seiten des Abschlussprüfers erteilten Auskünfte billigten wir auf Empfehlung des Prüfungsausschusses den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2022 und den Lagebericht. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt.

Den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen haben wir geprüft. Der Abschlussprüfer hat den Bericht mit dem folgenden Vermerk bestätigt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind;
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Dieser Beurteilung schließen wir uns an. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung sind gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen keine Einwendungen zu erheben.

Personelle Veränderungen im Aufsichtsrat

Mit Wirkung zum Ablauf des 23. März 2022 schied Frau Isabella Pfaller aus dem Aufsichtsgremium aus.

Herr Andreas Kolb wurde mit Wirkung zum 1. Mai 2022 zum Mitglied des Aufsichtsrats bestellt und in der Folge mit Wirkung zum 12. Mai 2022 zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bayerische Beamtenkrankenkasse Aktiengesellschaft sowie dem Vorstand für ihren engagierten Einsatz im Jahr 2022.

München, den 22. März 2023

Für den Aufsichtsrat



Kolb



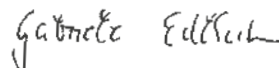
Dr. Breuer



Burde



Eckmann



Edlhuber



Dr. Heene



Dr. Hermann



Huber



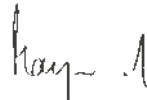
Dr. Jahn



Leyh



Luff



Maywald



Müller



Dr. Roßbeck



Werner

Impressum

Herausgeber

Versicherungskammer Bayern

Versicherungsanstalt des öffentlichen Rechts
Maximilianstraße 53, 80530 München
Telefon (0 89) 21 60-0
service@vkb.de
www.vkb.de

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion

Rechnungswesen

Gestaltung/Produktion

wirDesign communication AG

Digital Reporting

Den Geschäftsbericht des Konzerns Versicherungskammer sowie die Berichte seiner Einzelunternehmen finden Sie unter www.vkb.de.

Konzern Versicherungskammer

Maximilianstraße 53, 80530 München

Telefon (0 89) 21 60-0

service@vkb.de

www.vkb.de